

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Belegzst.)
2 Mk. — Postzeitungslite Nr. 3167

Inhalt:

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß. II. — Ein Nachspiel vom Hallenser Gasarbeiterstreik. — Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter Münchens. — Eine imposante Demonstration unserer Berliner Kollegen. — Die Hamburger Woche. — Brief aus Hamburg. — Eine vereinsgesetzliche Entscheidung von prinzipieller Bedeutung. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Internationale Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Quittung der Hauptkasse.

folges 4 sowie dem neugeschaffenen Absatz 5 der Resolution kennzeichnet, ist wohl in erster Linie dem Umstande zuzuschreiben, daß man die Rechtmäßigkeit unserer Verhältnisse mit denen der großen Industrien nicht begriffen hat.

Wir sind im gewissen Sinne ein Verband der städtischen Industrien, das haben wir des öfteren nachgewiesen. Es wird den Gemeinden nie einfallen, wahllos zu kommungalisieren bzw. in eigene Regie zu nehmen, was ihr vor Augen kommt, sondern es wird sich in der Hauptsache immer nur um die gleichen, verhältnismäßig nicht einmal zahlreichen Betriebe handeln. Darum ist auch die hier und da ausgesprochene Befürchtung ganz deplaziert, als seien unsere Expansionsgelüste ohne Grenzen; oder als würde es einmal nur noch einen Industriearbeiterverband auf der einen Seite und einen Gemeindearbeiterverband auf der anderen Seite geben.

Wir können aber unser Verbandsprogramm, das wir allen Gewerkschaften zum Studium empfehlen, nur zur Durchführung bringen, wenn wir den mit öffentlichen Mitteln ausgestatteten, einheitlich geleiteten Kommunen eine einheitliche Organisation gegenüberstellen. Bei uns können wenige Andersorganisierte viel größeres Unheil anrichten wie in den Privatindustrien. Jede abweichende Meinung bei Forderungen der Arbeiter wird von seiten der Stadtverwaltungen begierig zur Kenntnis genommen und muß oft als Anlaß zur Ablehnung der gesamten Forderungen dienen. Dazu kommt, daß wir bis jetzt in verhältnismäßig wenig Orten mit ganzer Kraft vorgehen konnten, weil eben die notwendige Geschlossenheit fehlte.

Mühsam genug hat unsere Organisation sich ihren Weg bahnen müssen. Nun wir seit Jahren frei sind von inneren Wirren, wo wir seit Jahren so gut wie gar keine Differenzen hatten mit anderen Verbänden, hätte man sich wohl die Ausnahme-gesetze gegen unsere Organisation schenken können. Bis zum nächsten Verbandstag sind unsere Direktiven in der Mainzer Resolution über die Grenzstreitigkeiten ohnehin festgelegt. Sie hat sich bis jetzt gut bewährt, und wir werden auch ferner diesen Grundsätzen gemäß handeln.

Am übrigen möchten wir keinerlei Zweifel darüber aufkommen lassen, daß unserer Ueberzeugung nach die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung nicht nur unaufhaltbar zu Industrieverbänden drängt, sondern daß die Betriebsorganisation die noch höher zu bewertende Organisationsform der Zukunft sein wird.

Es sei noch einiges über den Gang der Hamburger Verhandlungen bei den Grenzstreitigkeiten vermerkt. Eigentümlich mußte es schon berühren, daß bei 11 Kommissionsmitgliedern kein Vertreter unserer Organisation berücksichtigt wurde. Nun hätten wir das noch verständlich gefunden, wenn nur ganz allgemeine Regelungen von jener Kommission beabsichtigt waren. Da aber immerhin ein

Der Hamburger Gewerkschaftskongreß.

II.

Allgemein bestand wohl in Hamburg das Bestreben, gründliche Auseinandersetzungen über Grenzstreitigkeiten so viel wie möglich zu vermeiden. Aus diesem Grunde wurde alsbald eine Redaktionskommission eingesetzt, die eine Resolution vorbereiten sollte, deren Wortlaut als Basis der bezüglichen Verhandlungen diente.

Während also auf früheren Gewerkschaftskongressen heftige prinzipielle Debatten ausgetragen wurden, über Lokal- und Zentralorganisation oder ähnliche, jetzt wohl völlig geklärt, während noch ein früherer Kongreß gegen die Resolution Scherms Reichelt (Betriebsorganisation) Stellung nahm, ist man jetzt bereits so weit, zuzugeben, daß sich die Entwicklung unaufhaltbar im Sinne der Industrieverbände vollzieht. Man dachte aber im gegenwärtigen Moment die entsprechenden Auseinandersetzungen und das war, ganz allgemein betrachtet, vielleicht gut, denn bei der noch immer ersten, ja bedrohlichen Wirtschaftslage gilt es, alles zu vermeiden, was zu inneren Kämpfen im Lager der freien Gewerkschaften führen könnte. Kämpfe, an denen letzten Endes doch nur unsere Gegner, die organisierten Unternehmer oder die Völsch-Dunderichen und Christlichen ihre Freude haben könnten. Trotzdem hätte ein gründlegendes Referat über die Entwicklung der Industrieverbände als Einleitung zu den Grenzstreitigkeiten nicht schaden können. Ja, der etwas Kleinliche Charakter der Diskussion über diesen Punkt wäre vielleicht vermieden worden.

Der Berichterstatter der eingesetzten Kommission, Gen. Simon (Schuhmacher), beschränkte sich auf die Erläuterung der vorliegenden Resolution, die wir in Nr. 26 der „Gewerkschaft“ abgedruckt haben, und einige gute Ratschläge, wie z. B. daß Diskussionen in Fach- und Parteipresse über Grenzstreitigkeiten sehr vorsichtig und ohne alle persönliche Gehässigkeit geführt werden müssen, — ein Standpunkt, den wir durchaus teilen. Das kann natürlich nicht hindern, anzusprechen, daß ganz allgemein die Zentralisierung der Verbände nach Industrien in Deutschland mit der wirtschaftlichen Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten hat. Wir behalten uns vor, später hierauf zurückzukommen. Für jetzt sei nur so viel gesagt: die Verständlosigkeit gegenüber unserer Organisationsform, wie sie sich im zweiten Teil des Ab-

scheidende Bestimmungen bezüglich unserer Organisation festgelegt wurden, mußten unsere Delegierten die Erhebung unseres Kandidaten durch Vertreter einer kleinen Gruppe als ungerecht empfinden. Das hätte man billigerweise vermeiden sollen. Unser Antrag (Streichung des Absatzes A) fand auf dem Kongress nicht genügende Unterstützung, so daß er nicht verhandelt werden konnte. Wir möchten dabei einschalten, daß es aus diesen und anderen Gründen entschieden Sparjamkeit am falschen Orte war, nicht von unserem Recht der v o l l z ä h l i g e n Vertretung Gebrauch zu machen. Denn es wurde ausschließlich nur nach Delegierten, niemals nach Mitgliederzahlen abgestimmt. Es mag nun freilich dahin gestellt bleiben, ob wir in voller Zahl eine grundsätzliche Debatte hätten herbeiführen können oder ob die bezüglichen Beschlüsse anders ausgefallen wären. Sicher hätten wir uns aber mehr zur Geltung bringen können.

In der Debatte selbst wurde der unsere Organisation betreffende Passus der Resolution überhaupt nur von M o l l (Steinfeyer) erwähnt, der u. a. ausführte:

„Ich will vorausschicken, daß mein Antrag keine konkrete polemische Spitze gegen den Verband der Gemeindearbeiter haben soll. Wir können konstatieren, daß in den letzten Jahren der Vorstand dieses Verbandes in lokaler Weise bemüht ist, die Grenzen einzuhalten, die nun einmal, solange es Berufsorganisationen gibt, gezogen werden müssen. Was ich von der Zeitung sagen kann, trifft auf die einzelnen Funktionäre nicht immer zu; ihnen ist noch häufig das Reich, das ihnen zugewiesen ist, nicht groß genug. Es gibt Funktionäre, die — und sie stützen sich dabei nicht mit Unrecht auf die Programmresolution des Verbandes der Gemeindearbeiter — der Ansicht sind, daß der Gemeindearbeiterverband für alle Arbeiter in den Gemeindebetrieben in ihrer Gesamtheit zuständig ist, ganz gleich, ob die einzelnen Betriebe technisch irgend in einer Beziehung zu einander stehen, ob es sich dabei um Gärtner, Steinseher, Kanalisationsarbeiter usw. handelt. Wie weit einzelne Funktionäre gehen, sehen Sie daraus, daß ein Vertreter jenes Verbandes dem Vorsitzenden des Steinseherverbandes Vorhaltungen gemacht hat, daß er eine Konferenz für eine Gruppe seiner eigenen Mitglieder einberufen und den Verband der Gemeindearbeiter dabei nicht offiziell hinzugezogen hat. Es genügt dem Betreffenden nicht, daß ein Vertreter seiner Organisation als Gast da war. Zerartigen Expansionsgelüsten muß einmal eine Schranke gezogen werden, und da hier wohl fast alle Berufe beteiligt sind, werden Sie meiner Resolution auch Ihre Zustimmung geben können. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß der beantragte Zusatz so aufgefaßt werden könnte, als ob dadurch alles, was in der Resolution der Redaktionskommission steht, aufgehoben würde. Ich stelle daher ausdrücklich fest, daß unser Zusatz in keinerlei Gegensatz zur Resolution P 14 steht, sondern nur eine weitere Definition des Begriffs „Betrieb“ geben soll. Mit der Agitationsweise, die in der Resolution geregelt ist, hat der Zusatz nichts zu tun. Es dürfte daher angebracht sein, den Antrag nicht als Zusatz, sondern als besonderen Satz in die Resolution aufzunehmen. (Ist inzwischen geschehen, weshalb der von uns in Nr. 26 wiedergegebene Absatz 4 der betr. Resolution in seinem letzten Satz mit Ziffer 5 versehen ist. D. M.) Jedenfalls dürften auch diese meine Vorlegungen genügen, um zu verhindern, daß eine solche Auffassung entsteht.“

Also selbst unser bisher erbittertster Gegner in Grenzstreitigkeitsfragen mußte zugucken, daß wir stets loyal vorgehen, und auch das Argument bezüglich der Steinseherkonferenz erscheint etwas an den Haaren herbeigezogen. Aber auf solche Kleinlichkeiten wollen wir uns nicht weiter einlassen. Festgestellt sei vielmehr, daß während der ganzen Grenzstreitigkeitsdebatte über unseren Verband keinerlei Klagen laut wurden, während sich Fabrik-, Transport- und Brauereiarbeiter gegenseitig den Rang streitig machten, wer die meisten „Sünden“ auf dem Werbholz habe. Tiefen nicht allzu erquicklichen Teil der Debatte, der nahezu einen Tag währte, wollen wir aber besser ruhen lassen, er hat auch nur sekundäre Bedeutung. Etwas grundsätzlicher waren die Erörterungen der Metallarbeiter und der Schmiede. Der Bruder Schmied will sich von seinem größeren Bruder in Stuttgart nicht fressen lassen, und doch waren manare Argumente seitens der Schmiede wohl dazu angetan, den Beifall

des Metallarbeiterverbandes herbeizurufen, wie dies auch geschah, weil die Entwicklung auf Seiten des „großen Bruders“ steht.

Soweit es die 10 Minuten-Redezeit zuließ, hat zweifellos unser Vorsitzender, Stoll. M o h s., unsere Stellungnahme bezüglich der Resolution sehr richtig gekennzeichnet. Er führte aus:

„Sie können von uns nicht verlangen, daß wir den bei uns seit Jahren feststehenden Grundsatz der Organisationsform nur mit einmal angeben sollen. Anoll hat ja bestätigt, daß Sie in der letzten Zeit keine Veranlassung haben, sich über die Taktik des Gemeindearbeiterverbandes in Grenzstreitigkeiten zu beschweren. Wir haben seit dem Mainzer Verbandstag herzlich wenig Grenzstreitigkeiten gehabt und kommen mit unseren Kartellverträgen sehr gut aus. Die Regelung, die hier geschaffen werden soll, ist aber unmöglich durchzuführen. Zuerst wird in der Resolution eine Regelung für unmöglich erklärt, und dann schafft man doch hinterher eine solche Reglementierung, in die Sie eine Organisation, wie die unsrige und auch andere unmöglich hineinzwingen können. Sie können nicht eine einzelne Organisation herausgreifen und sie mit einem anderen Maße messen als andere. Ich stehe auf dem Standpunkt Legiens, den er auf unserem Verbandstag einnahm; es kommt weniger auf den Wortlaut der Resolutionen, als auf den guten Willen an, die Grenzstreitigkeiten zu beseitigen. (Sehr richtig!) Dann ist aber der Absatz 4 der Resolution P 11 überflüssig. Es kommt vor allem in Betracht, daß in den Betrieben der Stadtverwaltung eine solche Zerstückelung der Organisation nicht angängig ist. Wir haben es oft beobachtet, daß, wenn bei Lohnbewegungen in städtischen Betrieben die einzelnen Organisationen separat vorgehen, die Stadtverwaltung der lachende Dritte war. Genosse Anoll kennt doch so gut wie ich das Instanzwesen der Stadtverwaltungen, er weiß, daß die Kollegen, die zu seiner Organisation gehören, dem Bauamt unterstehen, und daß zu diesem auch die Kanalisationsarbeiter die Arbeiter der Straßencleaning usw. gehören. Man sollte sich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht ganz und gar verschließen, sondern zugeben, daß sie zur Betriebsorganisation führt. Andere Berufe, wie die Brauereiarbeiter, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Transportarbeiter reklamieren ebenfalls die in einem Betriebe tätigen Arbeiter für sich, um den Arbeitgebern gegenüber leichter operieren zu können. Nur für unsere jüngere Organisation glaubt man offenbar, ein Ausnahmerecht schaffen zu können. Was dem einen recht ist, muß aber dem anderen billig sein. Ich ersuche Sie daher, den Absatz 4 zu streichen, damit der Resolution der konsequente Charakter bewahrt bleibt. Das Beste wäre, wir nehmen nur den ersten Absatz der Resolution an.“

Später kam auch Stoll. B ü r g e r - H a m b u r g noch zu Wort. Er sagte:

„So verlockend das auch sein mag, kann ich doch auf die Grenzstreitigkeiten im allgemeinen nicht eingehen; ich beschränke mich auf die Streitigkeiten mit dem Gemeindearbeiterverband. Dieser Verband ist ein Produkt der Entwicklung der Städte. Man sagt, wir können uns auf Betriebsorganisationen nicht einlassen, aber in Wirklichkeit weichen die Betriebsorganisationen nicht so sehr von den Industrieorganisationen ab, mehr allerdings von den Berufsorganisationen. Die Betriebsorganisation ist eine höhere Form der Organisation; das haben auch unsere österreichischen Gewerkschaftsgenossen anerkannt. Wir sind bestrebt, die Tarifverträge auch in den Gemeindebetrieben zur Anerkennung zu bringen; dafür kann man uns doch nur dankbar sein. Wir wollen die Staats- und Gemeindebetriebe zu Musterbetrieben gestalten; dazu ist aber ein Zusammenschluß der Gemeindearbeiter nötig. Wegen des Ausnahmeregels, das die Ziffer 4 der Resolution der Kommission für uns bedeutet, müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wehren. Auch den Antrag Anoll bitte ich abzulehnen; es würden daraus nur neue Streitigkeiten erwachsen.“

Aber all die anderen Redner hatten keine Zeit resp. kein Interesse an unseren Schmerzen. Jeder brachte allerhand „Material“ gegen seinen speziellen „feindlichen Bruder“ vor. Wir selbst hatten eigentlich mit dieser ganzen Grenzstreitigkeitsdebatte nicht das geringste zu tun.

Nast wäre übrigens der leidige Absatz 4 doch noch aus anderen Gründen gepurzelt. Die Metallarbeiter konnten sich mit der Auslegung des Referenten im 1. Satz des I. Teils nicht einverstanden erklären und waren gewillt,

dagegen zu stimmen. Aber der gewandte Cohen-Berlin vereitelte die Ablehnung durch den Geschäftsordnungsantrag, die Abstimmung auf den Nachmittag zu verschieben. Das wurde angenommen, und bis dahin kam folgende Erklärung zum 1. Absatz 1 der Resolution seitens der Kommission zustande:

„In Ziffer 1 der Resolution P 14 ist festgelegt, daß die Entwicklung sich in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen Verbänden vollzieht und daß diese Entwicklungen von außen her nicht durch Beschlüsse irgendwelcher Art bestimmend beeinflusst werden soll. Dieser Entwicklung darf aber ebensowenig hindernd in den Weg getreten werden.“

Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere Organisationen vorhanden, die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossen sind, so gelten dieselben in bezug auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt.

Es empfiehlt sich jedoch, um allen aus solchen gemeinsamen Tätigkeitsgebieten leicht entstehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konkurrenzverbände besonders dringend, sich über alle hierbei in Betracht kommenden Maßnahmen vorher zu verständigen.“

Sie wurde vom Kongress akzeptiert, und damit war die Annahme der Resolution mit großer Mehrheit gesichert. Es entspann sich noch kurz vorher das nachfolgende Redebeuél, das an den Beschlüssen nun freilich nichts mehr ändern konnte:

„Mohs-Berlin (Gemeindearbeiter): Nun ist es glücklich dahin gekommen, daß sich zu guterletzt alle dahin einig sind, den Gemeindearbeiterverband an den Streik zu liefern. Man sollte der Entwicklung keinen Zwang antun, die Entwicklung führt eben in gewissen Fällen zur Betriebsorganisation. Ich bedaure, daß unsere zweijährige Tätigkeit, die wir in bester Harmonie mit anderen Verbänden ausgeführt haben, uns jetzt dadurch belohnt wird, daß man von neuem Fußangeln für unsere Organisation schafft und unsere Entwicklung hemmt. Ich hoffe, daß man mit der Zeit noch zu einer anderen Anschauung kommt.“

Knoll-Berlin (Steinseher): Die Klage des Genossen Mohs darüber, daß der Gemeindearbeiterverband in seiner Entwicklung gehemmt wird, war deplaziert nach den Ausführungen Simons. Dem Gemeindearbeiterverband verbleibt für die Agitation und Organisation noch ein ungeheures Gebiet, selbst wenn er die paar Spezialgruppen, die für andere Berufe in Betracht kommen, — nicht im Interesse der einzelnen Organisation, sondern im gemeinsamen Interesse der Arbeiter — abgeben muß. Wenn Mohs darüber klagte, man solle die Entwicklung nicht hemmen, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Gemeindearbeiterverband eine bestimmte Entwicklung ganz künstlich forciert hat. Als der Titel Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angenommen wurde, geschah das lediglich mit Rücksicht auf die Hamburger Verhältnisse, weil hier die kommunalen Arbeiter zugleich Staatsarbeiter sind. Sie haben aber gehört, wie man heute diesen Titel aufkauft. Man erklärt einfach, die Waldarbeiter sind Staatsarbeiter, also gehören sie zu uns. Schließlich bleiben da nur noch zwei Kategorien übrig: Staatsarbeiter und Nichtstaatsarbeiter. (Weiterkeit.) Ich bitte Sie, der Resolution zuzustimmen.“

Wir haben schon weiter oben das Unhaltbare der letzten Anschauung dargelegt. Es wird ja wohl noch öfter Gelegenheit sein, die Prinzipien unseres Verbandes und die Zweckmäßigkeit unserer Organisationsform darzutun. Wenn nicht eher, so auf dem nächstjährigen Verbandstage in Dresden.

Wir fassen unser Urteil dahin zusammen, daß die Resolution des Gewerkschaftskongresses im 1. und 2. Absatz voll und ganz unseren Beifall findet, daß aber die veränderte Reglementierung im Absatz 1 und im neu geschaffenen Absatz 5 bei ihrer Anwendung geeignet ist, neue Grenzstreitigkeiten heraufzubeschwören. Möglicherweise, ja sogar wahrscheinlich, daß die vielen Recht behalten, die sagen, es wird an den bestehenden Zuständen überhaupt nichts geändert werden. Dann ist aber nicht einzusehen, warum man erst Beschlüsse faßt.

Durch die Ablehnung des Schiedsgerichts in strittigen Fällen hat übrigens der Kongress noch einmal ausdrücklich bekräftigt, daß er jeden gewalttätigen Eingriff in die natürliche Entwicklung vermeiden wissen will. Damit ist in

der Praxis zweifelsohne in unserem Sinne entschieden, denn unsere Organisationsform liegt in der natürlichen Entwicklung der Dinge. Es ist ja nicht das erstemal, daß die Theorie hinter der Praxis herhinkt, so werde, wir uns auch zu trösten wissen, wenn unsere theoretischen Forderungen zur vollen Anerkennung unseres Organisationsgebildes für diesmal noch nicht zum Durchbruch gelangt sind.

Wenn die Hamburger Beschlüsse jedem Funktionär, Vertrauensmann und Kollegen ein Ansporn werden, noch eifriger als bisher unsere Machtsphäre zu erweitern, d. h. noch reger die Werbearbeit unter den Kollegen zu führen, dann werden sie auch trotz allem zum Segen für unsere Organisation ausschlagen.

Ein Nachspiel vom Hallener Gasarbeiterstreik.

Am 20. Januar d. J. wurde bekanntlich auf beiden Gasanstalten der Stadt Halle a. S. seitens unserer Kollegen zur Arbeitseinstellung geschritten. Die „liberale“ Stadtverwaltung gefiel sich in besonders scharfen Gegenmaßnahmen. Vom humanitären Geist waren dieselben allerdings weniger getragen. Ganz besonders war dies nicht der Fall in bezug auf das dem Kollegen Hagemeister ausgestellte Führungsattest. Hier kann man vielmehr von einer Achtung reden. Ohne Zweifel ist bei Vorzeigung dieses Zeugnisses auf Annahme als Arbeiter nicht zu rechnen. Doch lassen wir das Zeugnis selbst reden. Es lautet:

Der Arbeiter Eduard Hagemeister hat vom 12. September 1901-4, Juni 1904 und vom 8. August 1904 bis 20. Januar 1908 als Eisenhausarbeiter resp. Oberfeuermann abwechselnd bei der Gasanstalt I und II gearbeitet und hat am 20. Januar 1908 ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Arbeit verlassen. Die Krankentafelbeiträge sind bis zum 1. Februar 1908 einschließlich entrichtet. Seine Leistungen waren gut. Gegen seine dienstliche Führung haben wir einzuwenden, daß er nicht nur selbst die Arbeit plötzlich eingestellt, sondern auch Mitarbeiter zu solcher Arbeitseinstellung veranlaßt hat.

Halle a. S., den 12. März 1908.
Stempel.

Die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke.
H. V. Hagemeier.

Hierin erblickte der Kollege Hagemeister, was auch ganz erklärlich ist, eine Erschwerung seines späteren Fortkommens, die ihn als Familienvater mit 7 Kindern und nachdem er acht Jahre auf der Gasanstalt gearbeitet, sehr hart traf. Man kann ohne Zweifel sagen, daß dieses Zeugnis einer Verurteilung so ähnlich sieht, wie ein E. dem andern. In der Sache selbst war H. jedoch außerdem der Ansicht, daß die im Zeugnis gemachten Angaben den Tatsachen nicht entsprechen. Er strengte deshalb Klage beim Gewerbegericht in Halle a. S. an. Am 26. März kam die Angelegenheit zur Verhandlung. Die besagte Verwaltung wurde durch Direktor Schreyer vertreten, der angab, das Zeugnis sei in seiner Abwesenheit ausgestellt worden; er selbst hätte eine solche Form vielleicht (1) nicht gewählt. Gegen die dienstliche Führung des Klägers sei nichts einzuwenden gewesen. Der Direktor habe stets für Hagemeister, überhaupt für seine alten Leute, gesorgt. Dagegen bot Hagemeister darüber den Wahrheitsbeweis an, daß der Direktor andern Personen gegenüber die Meufierung getan habe, er habe seine alten Leute rausgeschmissen. Im wesentlichen gab die Verhandlung einen hübschen Einblick in die Tätigkeit der Polizei bei der Ueberwachung von Arbeiterversammlungen. Hagemeister bestritt mit aller Entschiedenheit, wochenlang vor dem Streik Kollegen zur Arbeitseinstellung veranlaßt zu haben, hingegen habe er gesagt, daß der Magistrat als solcher der beste Arbeitgeber auch nicht sei. Von der Gegenpartei wird jedoch darauf verwiesen, daß aus den Polizeiakten hervorgehe, daß Hagemeister in einer Versammlung acht Wochen vor dem Streik eine diesbezügliche Meufierung getan habe. Das Gericht beschloß, die Polizeiakten einzufordern und vertagte deshalb die Verhandlung.

Im nächsten Termin, in dem die von Hagemeister bestrittenen „Verbrechen“ durch die Polizeiakten unter Beweis gestellt werden sollten, erklärte nun der Gewerbegerichtsvorsitzende Stadtrat A. u. v. vor Eintritt in die Verhandlung, daß er nach dem Studium der Polizeiakten sich zur Aburteilung in dieser Sache für befangen erklären müßte; als Magistratsmitglied

habe er sich wiederholt mit der Angelegenheit befassen müssen und daraus entnehme er den Grund der Befangenheit. Dieser rein selbstverständliche Standpunkt des Richters imponiert und ist nur zu begrüßen. Bei unferer Gerichtsbarkeit ist dergleichen allerdings selten. Auch die beiden Stellvertreter des Gewerberichters erklärten sich für befangen. Nunmehr wurde die Klage an die Zivilkammer des königlichen Landgerichts in Halle a. S. geleitet, welche am 30. April d. J. entschied, daß es die Befangenheits-Erklärungen der drei Richter für begründet halte, und da weitere Stellvertreter des Gewerberichters nicht vorhanden, der Richterstreik an das Gewerbegericht Eisenben verwiesen sei.

Die hier stattgebende Verhandlung bietet so manches Interessante, weshalb wir sie hier wiedergeben. Termin fand am 27. Mai dieses Jahres statt. Sagemeister war persönlich erschienen. Die Beklagte war durch Stadtrat Busch vertreten, welcher als Zeugen des Betriebsführer Richter mitgebracht hatte. Kläger forderte in der Verhandlung die Weglassung des letzten Passus aus dem Zeugnis und des Satzes von dem Einstellen der Arbeit ohne Kündigungsfrist. Er habe die Arbeit nicht eingestellt, sondern sei entlassen worden. Am 29. Januar habe er von dem Betriebsführer Richter Urlaub erhalten, um einer Konferenz mit dem Bürgermeister beizuwohnen. Nach seiner Rückkehr habe Geld und Karte bereitgelegt und ihm sei von Richter bedeutet worden, nie wieder die Fabrik zu vertreten. Selbst als er seine Sachen holen wollte, habe Richter gesagt, er müsse ihn hinausbegleiten. Ebenso habe er niemanden aufgesucht, die Arbeit mit niederzuliegen; dies sei ohne Aufhebung geschehen.

Stadtrat Busch behauptet das Gegenteil; er kann den Beweis antreten, obwohl er es nicht nötig habe, daß Sagemeister ein Aufwiegler sei, und das Zeugnis der Wahrheit gemäß angefertigt sei. Schon in einer Versammlung am 30. November v. J. habe er gesagt, daß der Magistrat der schlechteste Arbeitgeber sei, wie sich aus dem vom Wachmeister Zichme überreichten Protokoll ersuchen lasse. Auch bei anderen Gelegenheiten habe der Kläger dargelegt, daß er zweifellos als Aufwiegler zu betrachten sei. Kläger entgegnete, daß er nur die Wahrheit gesagt habe, denn der Gasmeister Laubner habe sogar einen Moblenfahrer geprügelt. Zeuge Betriebsführer Richter sagte, der Kläger habe die Arbeit niedergelegt. Er habe niemanden aufhören lassen. Er habe die Leute vor Ausbruch des Streiks gewarnt, leichtfertig zu handeln und so der Wohlthaten verlustig zu geben. Allerdings habe er gesagt, wer geht, kommt nie wieder rein. Sagemeister sei nicht entlassen, sondern habe selbst aufgebört; auch habe er andere Arbeiter zum Verlassen der Arbeit aufgefordert. Aus eigener Anschauung weiß er dies nicht (!), doch sei es ihm gesagt worden, so von dem Arbeiter Köhler, dem Schwager des Klägers. Letzterer sei eines Tages gekommen und habe seinen Schwager sprechen wollen, weil die Schwiegermutter todkrank sei. Das sei aber nur geschrien, um Köhler aus der Gasanstalt wegzubekommen. Der Kläger bestreitet die Schwiegermutterfalsche als Episode. Köhler sei tagelang in der Anstalt eingeschlossen gewesen, habe alle Versammlungen mitbesucht, für den Streik gestimmt und sei dann jenseits geblieben. Im übrigen habe er Köhler seit dem 27. Januar nicht wieder zu sehen bekommen, könne ihn also nicht zum Wiederlegen der Arbeit beeinflusst haben. Dr. Busch meinte, „veranlassen“ sei das richtige Wort, man könne auch durch sein Auftreten jemand veranlassen, nicht nur direkt oder durch Worte. Zur Bekräftigung überreichte Zeuge Richter einen Zettel, auf welchem zur Teilnahme an der Versammlung bei Sachsse aufgefördert wurde; die Handschrift sei die des Klägers, was dieser aber bestritt.

Aufschließend sollte diese Versammlungseinladung den Trumpf abgeben als Beweis für das Aufwiegler-talent Sagemeisters. Dieser sollte, nach den Angaben Richters, den Köhler aus Pasingdorf die Gurgel abdrücken wollen, wenn er nicht mitstreite. „Wenn ich rauskomme aus der Gasanstalt, bin ich unglücklich.“ so soll der brave Köhler zu seinem Beschützer Richter geäußert haben. Dieser Köhler soll zum 3. Juni als Zeuge vernommen werden; ein Antrag (!) des Zeugen Richter, auch die Schwiegermutter wegen des „Sterbens“ zu laden, wurde als unerheblich abgelehnt und die Verhandlung bis Mittwoch, den 3. Juni, verlagert.

In der fraglichen Verhandlung vom 3. Juni sagte dann der Zeuge Köhler aus, daß ihn Sagemeister aus der Anstalt heraus haben wollte; persönlich habe dieser jedoch mit ihm nicht gesprochen, das soll vielmehr durch die Mittelsperson, die Schwiegermutter, geschehen sein; er vermute nur, daß S. ihn mit Gewalt aus der Anstalt holen und zur Arbeitsniederlegung zwingen

wolle. Es konnte also mit dem besten Willen nichts bewiesen werden.

Die Stadt Halle, als Beklagte, wurde schließlich verurteilt, dem Kläger ein anderes Zeugnis auszustellen, und zwar unter Weglassung jenes ominösen Nachsatzes, da nicht erwiesen sei, daß er jemand zur Niederlegung der Arbeit bestimmt hat. Doch wurde angenommen, daß er selbst zu arbeiten aufgefördert habe.

So endete die große Staatsaktion, die bei dieser Zeugnisfrage von der Gegenpartei eingeleitet war. Ueber ein halbes Dutzend Termine, viele Kosten und Zeitverschümmnisse sind erforderlich gewesen, um ein den Tatsachen entsprechendes Zeugnis zu erlangen. Wer da nicht ganz fest in seiner Ueberzeugung ist, verliert die Geduld und läßt fünfse gerade sein. Es ist hierdurch aber unstreitig ein Beleg mehr dafür erbracht, wie gut und väterlich seitens der Stadtverwaltung Halle a. S. für ihre Arbeiter gesorgt wird und wie man ihnen in ihrem Fortkommen behüßlich ist. Das ist der Segen unserer heutigen Sozialpolitik. Acht Jahre Arbeit für die Stadt geopfert, dann noch das schöne Zeugnis ausgestellt erhalten und zuguterletzt noch geädelt, von einem Ort zum anderen gejagt. Die Kompottschüssel ist voll. Wir danken! Nur so weiter und die Früchte solcher „weisen“ Politik werden nicht wegschleichen. Wir werden sie ernten.

Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter Nürnbergs.

Endlich, endlich sind sie vorüber, die schwer gefürchteten Stunden der Geburt. Aber merkwürdig, doch erst neugeboren und hat schon so alte Gesichtszüge, als müßte es einem neuen besseren bald wieder Platz machen. Kritisch veranlagte Leute sagen, es liege an den Eltern, sie wären zu — na, sagen wir, zu konservativ, um etwas Frisches, Lebensfähiges zu zeugen.

Doch lassen wir das. Wollen wir lieber dieses Fragment von einer Arbeitsordnung und die ihr widerfahrene Behandlung einer gelinden Kritik unterziehen.

Im Frühjahr dieses Jahres waren drei Jahre verflossen, als den beiden städtischen Körperschaften der Stadt Nürnberg das Verlangen der Arbeiter zwecks Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung gestellt wurde. Voamtwillkur, sowie Mächtigkeits- und Grandverschiedenheit im Arbeitsverhältnis waren die drängenden Faktoren. Während die Arbeiter die Einführung der Arbeitsordnung für dringend notwendig hielten, scheint der Magistrat und das Gemeindefollegium anderer Ueberzeugung gewesen zu sein; denn sonst hätten beide Körperschaften die Geduld der Arbeiter sicherlich nicht auf eine so lange Probe gestellt. Am 22. Januar wurde endlich den Arbeiterausschüssen der Entwurf einer allgemeinen Arbeitsordnung zur Begutachtung zugestellt. Schon dieser Entwurf zeigte, was von der freisinnigen Mitarbeit in den beiden Kollegien zu erwarten sei. Die städtischen Arbeiter Nürnbergs nahmen in einer von unserem Verband einberufenen Versammlung Stellung zu dem Entwurf. Da die wichtigsten Forderungen der Arbeiter im Entwurf keine Berücksichtigung gefunden hatten, sahen sich die Arbeiter veranlaßt, selbst einen Entwurf auszuarbeiten und diesen dem Magistrat zur Annahme zu empfehlen. Gleichzeitig rügten sie, daß der vom Magistrat vorgelegte Entwurf nichts anderes als eine Abschrift der Münchener Arbeitsordnung war, nur mit dem Unterschied, daß die wenigen Verbesserungen, welche in der Münchener Arbeitsordnung enthalten sind, in der Nürnberger nicht zu finden waren.

Der Schweiz, den die Herren im Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten in den Sitzungen vom 17. und 30. Juli, 15. und 23. August, 8. Oktober und 15. November 1907 vergaßen hatten, war also ein vergeblicher gewesen. Die undankbaren Arbeiter! Es half alles nichts, es mußte noch einmal an die Arbeit gegangen werden. In drei weiteren Sitzungen, und zwar am 27. März und 3. und 10. April 1908, plagte man sich abermals ab, um den Arbeitern zu zeigen, daß man nur das Beste für sie wolle. Doch wer kann für seine Veranlagung? Der verbesserte Entwurf erschien, und die Arbeiter sind wieder nicht mit ihm zufrieden. Diesmal wurden die Arbeiter aber nicht mehr gefragt, ob sie damit einverstanden sind, sondern der Magistrat versüßte jetzt einfach darüber wie es ihm beliebt. Man gab sich gar nicht einmal die Mühe, über die Vorlage zu diskutieren, sondern einer der Herren stellte den Antrag, diese Vorlage en bloc anzunehmen. Seinen Antrag begründete dieser Herr mit den Worten: „Das Gemeindefollegium werde so wie so grundlegende Änderungen an der Arbeitsordnung vornehmen“. Durch nichts kann aber die Unzulänglichkeit der Arbeitsordnung wohl deutlicher bewiesen werden, als gerade durch

diese Worte. Dadurch haben die Herren auf dem Rathaus selbst zugegeben, daß die Hauptsachen in die Arbeitsordnung nicht mit aufgenommen sind. Gleichzeitig lag in den Worten dieses Herrn die Vermutung, daß das Gemeindefollegium jedenfalls auf einer sozial höheren Stufe stehen werde als der Magistrat. Nun es hat sich gezeigt, daß beide Körperschaften gleichweit vom sozialen Verständnis entfernt sind.

Das Referat des Berichterstatters im Gemeindefollegium gipfelte hauptsächlich im Hervorheben der kleinen Verbesserungen, welche die Arbeitsordnung mit sich bringe. Am Schluß verlangte auch er die Annahme der Vorlage en bloc. Nach ihm kamen ein Dirsch-Dunder'scher Vertreter und diesem folgten noch verschiedene andere Richtungen. Auch der Vertreter der Dirsch-Dunder'sche in seinen Ausführungen nur Dinge von geringerer Bedeutung. Mein Wort von Sachen weitgehender Natur, als da sind Bezahlung der Wochenfeiertage, Zahlung des Differenzbetrages zwischen Lohn und Arantengeld und dergleichen mehr. Vor allen Dingen verdient festgehalten zu werden, daß dieser Herr erklärte, er sei nicht in der Lage, Anträge zu stellen. Ebenso interessant sind die Worte desselben Herrn, welche lauteten: „Die Arbeitsordnung enthalte manche Verbesserung, an die man früher gar nicht hätte denken können“. Also die vielen Jahre, welche diese Herren in dem Gemeindefollegium sitzen, haben sie nicht einmal die kleinen Verbesserungen, welche die Arbeitsordnung jetzt bietet, denken können. Warum verspricht man dann aber bei Wahlen den Arbeitern alles mögliche? Denkt man nur vor der Wahl an solche Verbesserungen? Nachdem noch ein Mittelständler das Fehlen des Differenzbetrages in der Arbeitsordnung bemängelt hatte, kam der übliche Schlußantrag. Da manden der Herren die Privatunterhaltung lieber war, als die Beratung der Arbeitsordnung, wurde der Schlußantrag mit 18 gegen 18 Stimmen abgelehnt, worüber allgemeine Verblüffung herrschte. Da erstand noch ein rettender Engel. Einer der Herren meldete sich zur Geschäftsordnung und erklärte, er habe durch eine Unterredung mit seinem Herren Kollegen die Abstimmung übersehen und sich nicht daran beteiligt. Darauf ließ der Vorsitzende noch einmal abstimmen und jetzt wurde der Schlußantrag mit überwältigender Majorität angenommen. Ein erleichtertes Aufatmen; denn nun war man die unangenehme Erörterung der Arbeitsordnung, bei welcher man stets an seine Unterlassungssünden erinnert wird, los. Die vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Vorlage gegen zwei Stimmen.

Was bringt nun die Arbeitsordnung für Verbesserungen und was suchen wir vergebens in ihr?

Vor allen Dingen hat man es verstanden, den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches durch Einschalten einiger nach Belieben zugefügter Paragraphen nach Möglichkeit auszufüllen. Aus einem solchen Versuch geht sofort die Gewißheit hervor, daß alles andere nachfolgende ebenfalls an Großzügigkeit leiden wird. Hier bei dieser Arbeitsordnung sehen wir dies zur Genüge bestätigt.

Nach § 3 scheint die Stadtverwaltung nicht übel Lust zu haben, sich die traurigen Vorwörter eines Fall Sippel vom Jahre 1902 noch einmal zu holen; denn sonst könnte sie in einem Abjah dieses Paragraphen nicht schreiben: „Werden auswärts Beheimatete in einem Betriebe beschäftigt, so brauchen diese nicht sofort zugunsten von später sich meldenden, in Nürnberg Beheimateten entlassen zu werden. Jedoch sind für den Fall, daß Arbeiter entlassen werden müssen, zunächst die auswärts Beheimateten zu entlassen“. Wir stehen auf dem Standpunkt, nach dem Dienstalter zu verfahren. Sonst soll man lieber keine auswärts Beheimatete erst einstellen.

Einen kleinen Vorteil bringt auch der § 5 mit sich. Nach diesem ist jeder Arbeiter ohne weiteres händig, sobald derselbe zwei Jahre hindurch fortwährend beschäftigt worden ist. Also der Arbeiter braucht nicht erst zu warten, bis ihm erklärt wird, daß er zu den händigen Arbeitern gehört, sondern dies ergibt sich ohne weiteres aus der Dienstdauer. Vor allen Dingen dürfte diese Bestimmung für die Väterkennanzünder von Bedeutung sein. Diese Kategorie, welche bis zur Zeit recht heimtückisch behandelt wurde, gehört nach der Arbeitsordnung ohne weiteres zu den händigen Arbeitern. Da man diesen Leuten bei kurzer Zeit aus lauter Arbeiterfreundlichkeit das Recht der Zugehörigkeit zur Versorgungsstufe entzogen hat, können sie nunmehr der Masse wieder als Mitglied angehören, wenn der hohe Magistrat in seiner Weisheit nicht wieder andere Befinden sollte. Nun, wir werden sehen.

Die nachfolgenden Paragraphen sind ohne Bezug bis zum § 9. Derselbe gehört aber nicht zu den Verbesserungen, sondern im Gegenteil zu den Verschlechterungen. Doch hierüber sowie über die folgenden Paragraphen das nächste Mal. D. B.

Eine imposante Demonstration unserer Berliner Kollegen

fand am Montag, den 20. Juni, im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Gegen 1500 Kollegen hatten sich trotz der großen Hitze zusammengefunden, um den interessanten Ausführungen unseres alten Freundes und Präsidenten des schweizerischen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Genossen Greulich, zu lauschen.

Das Thema lautete: „Die Entwicklung der städtischen Arbeitsverhältnisse in Zürich“. Wir haben bereits in Nr. 37 der „Gew.“, Jahrg. 1907, über die neue Züricher Gemeindeordnung ausführlich berichtet und beschränken uns daher auf eine kurze Zusammenfassung. Redner überbrachte zuerst die Grüße der Schweizer Kollegen und besprach dann unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung die Lage der städtischen Arbeiter in Zürich in den letzten 16 Jahren. Früher hatten die Arbeiter dort keine Organisation. Als 1892 eine neue Gemeindeordnung für die Stadt beraten wurde, da sahen auch die Arbeiter die Notwendigkeit ein, ihre Interessen bei der neuen Ordnung der Dinge zu wahren. Die Vertreter der Arbeiter verstanden, eine Reihe günstiger Bestimmungen durchzusetzen. So wurde ein Mindestlohn von 4 Frank bei 10stündiger Arbeitszeit für ungelernete und ein Mindestlohn von 4½ Frank für gelernte Arbeiter festgesetzt. Am 1. Januar 1893 wurde die Gemeindeordnung eingeführt, und ein Vierteljahr später kam es zu einer festen Organisation der städtischen Arbeiter, welche energisch für eine feste Verbesserung der Verhältnisse sorgte. Damals verlangte man noch „Arbeiterausschüsse“, heute verlangt man, daß die Stadt mit unserer Organisation der Arbeiter direkt verhandelt. Das Bestreben ist darauf gerichtet, die städtischen Arbeiter mit den Beamten der Stadt gleichzustellen. Unsere Genossen haben mit Erfolg, wenn auch unter beständigen Widerständen der Behörden, dahin gewirkt, daß den Arbeitern viele Zugeständnisse gemacht wurden. Das ist freilich in Zürich, wo demokratisch regiert wird, wo das Volk eine Stimme hat, die gehört werden muß, leichter als in deutschen Städten. Sozialdemokraten sind in der Verwaltung und auch an den Gerichten tätig. Es besteht keine offizielle politische Meinung, die von den Angestellten in Staat und Gemeinde verlangt wird. Vor 1½ Jahren wurde die Gemeindeordnung revidiert, die Arbeiter waren stärker vertreten, ihre Organisation machte sich geltend und die Folge war, daß neue Fortschritte erzielt wurden. Der Kunst und den Tag wurde eingeführt, der Mindestlohn für ungelernete Arbeiter auf 5 Frank festgesetzt. Ein Hauptbestreben ging dahin, für die unterste, für die am schlechtesten gestellte Klasse am ersten zu sorgen. Genosse Greulich erwähnte auch, daß der 1. Mai überall freigegeben wird, wo es der Dienst erlaubt. Der 1. Mai ist als Feiertag anerkannt. Was aber bisher errungen ist, soll nur ein Übergangsstadium zu besseren Verhältnissen sein. Die Gemeinde sollte, als Arbeitgeberin, als Vorbild und Muster gelten, und dazu müssen die Arbeiter das übrige tun, indem sie die Solidarität allgemein werden lassen und beharrlich ihre Rechte geltend machen. (Starker Beifall.)

In der Diskussion wurde seitens der Kollegen Schabel und Dittmer auf die rückständigen Zustände in der Verwaltung Berlins hingewiesen. Nur der enge Zusammenschluß aller Kollegen in unserer Organisation kann uns vorwärts bringen und unseren Forderungen den nötigen Nachdruck geben.

Nach einem feurigen Appell Greulich's an die Unorganisierten, sich dem Verbands anzuschließen, ging die Versammlung zum zweiten Punkt der Tagesordnung über, nämlich: Die Antwort des Berliner Magistrats auf unsere diesjährigen Anträge zum Etat.“ Kollege Pufacker verlas diese Antwort, die kurz und bündig lautete:

„Auf das uns im Auftrage einer Versammlung städtischer Handwerker und Arbeiter überreichte Schreiben vom 11. April dieses Jahres teilen wir Ihnen mit, daß die uns im Vorjahr überbrachten Anträge auf Erhöhung des Arbeitslohnes usw. durch die Feststellung des städtischen Etats pro 1908 ihre Erledigung gefunden haben. Wir sind nicht in der Lage, zurzeit in eine erneute Prüfung der Anträge einzutreten.“ Kirchner.“

Kollege Pufacker kritisierte diese Antwort scharf und unterbreitete den Versammelten folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die im Gewerkschaftshause tagende, überaus zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter Berlins nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der ablehnenden Antwort des Magistrats auf die erneute Einreichung der Lohnforderungen im April d. J.“

Die Versammelten sind über diese Abweisung um so mehr empört, als die Gründe, welche für ihre sehr bescheidenen Forderungen maßgebend waren, von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung dadurch mit Recht anerkannt wurden, daß die städtischen Beamten in Aussicht auf die immer schwieriger werdenden Erntebedingungen Gehaltsaufbesserungen zugestimmt erhielten. Unter der gleichen wirtschaftlichen Notlage leiden in noch erheblicherem Maße die schlecht entlohnenden städtischen Arbeiter mit ihren Familien, und erheben die Berjam-

mellen daher energisch Protest gegen die durch nichts zu rechtfertigende abweichende Behandlung bezw. Nichtbeachtung der Arbeiterwünsche.

Die Versammelten erheben ferner Einspruch gegen die Art, wie die Stadtverordnetenversammlung die oben erwähnte Eingabe der Arbeiter abgehandelt hat; denn weder eine Nachprüfung der Anträge noch eine Antwort ist erfolgt. Sie erblickten darin eine Nichtachtung, gegen die sie sich entschieden wehren.

In der Erwägung, daß die Lebenslage der städtischen Arbeiter durch die andauernde Teuerung der Existenzmittel eine unverändert unhaltbare ist und eine Lohnaufbesserung unumgänglich nötig macht, halten die Versammelten an den aufgestellten Forderungen unbedingt fest und beauftragen die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeindegewerkschaften, unverzüglich mit den Arbeitervertretern im Roten Hause — der sozialdemokratischen Fraktion — in Verbindung zu treten, um mit deren Unterstützung die baldmöglichste Durchführung der beantragten Verbesserungen in den Arbeitsverhältnissen zu erreichen.

Aus der eingangs gekennzeichneten Art der Behandlung ihrer Forderungen aber erkennen die Versammelten, daß zur Erreichung günstiger Existenzbedingungen es der energischen Anwendung der Selbsthilfe, der in der gewerkschaftlichen Organisation liegenden Macht bedarf. Sie appellieren daher eindringlich an das Solidaritätsgefühl aller in den städtischen Betrieben Berlins beschäftigten Arbeiter und erwarten von ihnen, daß sie ohne Ausnahme dem Verbands- und Staatsarbeiter beitreten und in diesem gemeinsam den Kampf um die Hebung ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage führen werden."

Die Hamburger Woche.

Während die deutsche Gewerkschaftswelt im letzten Drittel des Juni ihre Aufmerksamkeit dem in Hamburg tagenden sechsten Gewerkschaftskongress zuwandte, entfalteten die Hamburger Organisationen eine lebhafteste Agitation. Da galt es denn für die Mitglieder, die auswärtigen Delegierten und Freunde kennen zu lernen. Auch unsere Verbandsfiliale Hamburg-Altona nahm die Gelegenheit wahr und hielt fast ein Dutzend Versammlungen in der Kongresswoche ab. Die Delegierten Mohs, Deckmann und Wubky sowie der Kollege Dittmer, welcher an der Redaktionskonferenz teilnahm, konnten zu der Hamburger Kollegenchaft sprechen. Auch der Genosse Grculich aus der Schweiz hatte sich in lebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Seine Versammlung war gewissermaßen die Hauptveranstaltung. Der große Saal im Vereinshaus „Thalia“ war dicht gedrängt besetzt und auch

auf den Galerien war Kopf an Kopf zu sehen. Die Kollegen aus allen Betrieben und aus allen Stadtgegenden waren herbeigeströmt, um den alten Kämpfen zu hören. Bei den Laternenwärttern sprach der Kollege Dittmer über die Bedeutung der Organisation. Derselbe Kollege sprach bei den Warmbeker Gasarbeitern über die Entwicklung der Technik in den Gasanstalten, und in Harburg galt es, den Grund zu legen zu einer Organisation der städtischen Arbeiter. Auch in der Harburger Versammlung sprach Dittmer.

Der Kollege Mohs sprach in der sehr gut besuchten Motbenburgsorter Versammlung und bei dem Badeanstaltspersonal. Seine Themata waren für die Organisation berechnet und behandelten die Kämpfe und Errungenschaften des Gesamtverbandes. — Kollege Wubky sprach in einer gut besuchten Versammlung städtischer Arbeiter in Altona und außerdem in einer weiteren Versammlung, zu der vornehmlich das Personal der beiden Anstalten St. Georg und Friedrichsberg eingeladen war.

Kollege Deckmann übernahm drei Referate, und zwar bei dem Personal der Eppendorfer Anstalt, den Friedhofsarbeitern und den Straßenreinigern. Eine Versammlung in Wandsbek war trotz guter Vorarbeit von Seiten der städtischen Arbeiter Wandsbeks schlecht besucht. Alle Referate wurden mit großer Aufmerksamkeit und recht beifällig entgegengenommen. Großes Interesse erweckten die Ausführungen der Referenten aus dem Süden. Konnte Genosse Grculich die viel freieren Zustände der Schweiz und die Vorteile, die eine fortgeschrittenere Demokratie mit sich bringt, schildern, so konnte unser Kollege Deckmann zeigen, daß der Süden Deutschlands auf sozialpolitischem Gebiete dem scharfmacherischen Norden weit voraus ist. Allerdings sind weder in Süddeutschland noch in der Schweiz die Errungenschaften gleich dem Hanna vom Himmel heruntergeregnet, sondern sie sind das Produkt eifriger Organisationsarbeit gewesen. Natürlich soll nicht geleugnet werden, daß auf Seiten der oberen Stadtbehörden und -Vertretungen ein gewisses Maß sozialen Verständnisses vorhanden sein muß, damit eine Verständigung zwischen ihnen und der Organisation möglich ist.

Anerkennenswert ist, daß nicht nur in der „wilden Schweiz“ die Behörden direkt mit der Organisationsleitung verhandeln, sondern auch in einigen süddeutschen Städten. Wenn die Referenten auf diesen Punkt zu sprechen kamen, so sagten sich viele Zuhörer im stillen, daß die norddeutschen Behörden auf die Dauer ihren abweisenden Standpunkt der Organisation gegenüber nicht aufrecht erhalten können. Es gibt bei uns schon manden höheren Beamten, der das nützliche Wirken der Organisation anerkennt. Jedenfalls

Brief uut Hamburg.

Hamburg, denn 25. Juni 1908.

Na, denn helpt dat nij, denn mutt id all min Sprook — to Eern vun de Waterlant — em bitten anners brulen, as id dat kunn do. Wer dat nu nich versiecht, de mutt so wi id. 'ne ganze Nacht mit twee Hamburgers op de Hienbohn tosom sohn, denn kann he dat glic, so sicut as wi id.

Also: Zopen hev id nich kunn, weil dat ol Dampperd immer so schuffelt hätt, dat mi de Mopp immer beebren de. In dorro bett dat blijt un domert bett gegen Morgen to, grad as weur de Himmel ol gegen de Gewerkschaften, wogegen id bet jezt immer gläubt hev, dat de Himmel blot gegen de Sozialdemokraten weur. Ober nu dünnst mi datt, as ob dat Petrus ganz egol ist, ob eener Kaiser ober Sozialist is. Denn in Hamburg hevt wi an twintigsten Juni ganz dat selbe gode Wedder hatt as wie de dütsche „Potentat“. De weur nämlich grad dorbi, de Hamburger to beiseken un villicht ha'n wi bezwegen so'n scheunen Einnicht. Kunn ober ol sin, datt de Sozialisten doran schuld harr, denn de steelen am Eern mit Petrus unner een Deel!

Ober id wull jo egentlich ganz wat anners vertelln. . . As id ol denn neen Hauptbahnhof ankeem, weur dat halb söben Uhr morgens. Hol stov, denk id, nu kunnst du jo noch twee Stumm spazieren gohn un dat ol Hamburg ankeem. Dat leyte Wol, as id hier weur, in Oktober 1897, weur dat recht trostlos mit min Moneten bestell, denn id har all drie Monat „lippelt“ un op de Walz mutt man unner Umfömm vun „nix“ leben lonen.

Doch nu Lan id all wedder op'n saliches Geleis komen. Dat kunnst blot dorvon, wil id nich god pladdittich smaden kann. Wenn dat so wider geiht, denn seggt de Kollegen: „Nu kloogt he immer ober Plagmangel un mozt selber so'n groten Hoopen.“

Ober allus wat recht is, de nee Wohnhof dat is em scheunes Botwart vun buten! Eb dat nu alls ol praktisch is, kann id natürlich nich weeten.

Id bün nu also unner de Lüd gohn, hen no dat Alsterbassäng, wo de Burjoas spazieren goht. Allus is beslagt. Weist rot mit witte Wappen. Ober dat is nich vor uns Wadder ebn Eöhn. Kaiser-Megatta is. Na dat is uns ol glic; jedenfalls hevt wi de Illusion, dat dat vor uns Sozialisten is

Grad komt de Arbeiters mit ehr rodes Taidendool, wo se ehr Freustück imm hevt. Dat is hier so mod un deshalb hevt se dat ol binoch all so. Allus rennt nu wedder in sin Arbeitssjoch un id denkt nu so bi mi: Lot man, Mamroden, dat bliwt nich immer so! „Wi lönt wi Euch dat erleichtern?“ Düsse Froj ward ol den Mougretz besonnens beschäftigen.

Au bün id denn Jungfernstieg lang gohn bet ton L e s s i n g s d e n k m a l op'n Goosmarkt. Dat is een Denkmal, nich to vergliken mit de Poppenallee vort Braumenborger Door in Berlin, wo allus mit Valustruden verschimpfiet is.

Wie id nu denn allen Damm runner goh, un all de feinen Kadens seh, mutt id wedder denken: Junge, Junge, wie heft Du bi verärrert! Dat is jo all so modern un sin. „Wart juch dat nich to düer.“ Id vor min Deel hev dat ol Hamburg lewer. So bün id also rin in de Michaelisstrook, negierig liel id in de Kirchen- un Braumenstrook un segg to mi: Donnerwedder, dat is doch wenighens een Geismad! dat is een Stil un Charakter! Ober op ol de Hygiene dorbi torecht komen kann, dat weert id nich.

Jezt komt uns Hamburger Kollegen vun de Straatenreinigung un bevist (ardon!) mit ehn grooten Glauch de ganzen Strooten. Dat schient mi ol veel rationeller as de Berliner Metod mit denn ollen Sprenglasten.

Ober id bün all wedder utruftich, id wull jo vun minen Spaziergang vertelln. As id de Michaelisstrook to Eern bün, wo se jezt de abgebrannte Michaelisfirch wedder opboot, do seh id all denn grooten Achtern (dat heet (ardon!) keen Moors) un as id dat Dingz vun vorn befeh, do weurt uns ol „Arbeitsid“ Vis mark, de vun denn Berliner Hugo Federer in Steen unthaut is. Alle Wedder! dat is een Denkmal, allus wat recht is, dacht id bi mi, dat gibt Meppelt! Woet wenn man in so'n goode Lunn is, wie id dat weur, kunn man ol denken: Donnerwedder, de silt jo vun vorn mit wie een Fischotter, dee freert! Ober id wull mir seggt hem, sunst beilidig id noch dat Isalpatriotische Gesehül vun uns Hamburger Kollegen.

Denn hev id noch 'nen Teverblick no den nebelbedeckten Hoven vun dor boben smeten un bün denn torüg nat Gewerkschaftshaus kunnert. Dat heet mit de Umföggstrootenbahn, de in 'nen rechten Winkel hinföhrt, wie fast all de Hamburger Strootenbohnen un rechten Winkel gohn. Id gleuw, de Hamburger hevt mehr Fied wie

wird die Kongresswoche mit ihrer umfangreichen und intensiven Propaganda mit dazu beitragen, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation in den Kreisen der Kollegenenschaft zu festigen.

In einigen Versammlungen wurden die Delegierten auch interpelliert wegen ihrer Stellung zur Grenzstreitigkeitsfrage, wobei betont wurde, daß hier der Wille der Mitglieder selbst maßgebend und entscheidend sei.

Alles in allem glauben wir sagen zu dürfen, daß von dem 6. Gewerkschaftskongress unsere Verbandsfiliale Hamburg-Altona nach jeder Richtung hin einen großen Nutzen haben wird, wie auch schließlich die gesamte Gewerkschaftsbewegung.

Eine vereinsgesetzliche Entscheidung von prinzipieller Bedeutung

fällte am 24. v. Mz. das Landgericht in Sagan. Der Gauleiter unseres Verbandes, Koll. Mehrlein, hielt am 21. Februar dieses Jahres in Sagan eine Betriebsbesprechung der Gasarbeiter ab. Da Mehrlein die Besprechung nicht polizeilich angemeldet hatte, erhielt sowohl er wie auch der Einberufer und der Gastwirt, in dessen Lokal die Besprechung stattgefunden hatte, einen Strafbefehl auf je 30 Mk.

Es wurde dagegen Einspruch erhoben und gerichtliche Entscheidung beantragt. Doch auch das Schöffengericht zu Sagan bestätigte am 1. Mai die Befehle. Nur änderte es die Höhe der Strafe bei dem Wirte insofern ab, indem dieser „nur“ 15 Mk. erlegen sollte. Die beiden anderen waren schon vorbestraft. Wenn auch nur wegen Preßbeleidigung, so verdienten sie dennoch, nach Meinung der Saganer Schöffengerichter, auch wegen der Vereinsüberschreitung keine mildernden Umstände.

Wiederum wurde Berufung eingelegt und so hatte sich am 24. Juni auch die Strafkammer mit der Sache zu beschäftigen. Da nun inzwischen das neue Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten war, mußte dieses angewendet werden, da aber danach eine Anmeldung gewerkschaftlicher Versammlungen nicht mehr erforderlich ist, konnte nach Meinung der Verteidigung und der Angeklagten eine Verurteilung nicht mehr erfolgen. Doch die Staatsanwaltschaft war anderer Meinung.

Der Herr Staatsanwalt führte vielmehr folgendes aus: „Es ist gerichtsnotorisch, daß die freien Gewerkschaften bemüht sind —

und zwar ohne Frage mit positivem Erfolg —, Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen, so z. B. beim Arbeiterschutz, bei der Versicherungs-Gesetzgebung usw. Daraus aber ergibt sich, daß diese Gewerkschaften politischer Natur sind. Es müsse deshalb auf Verurteilung erkannt werden.“ Den Wirt und den Einberufer beantragte der Staatsanwalt freizusprechen. Den ersteren deshalb, weil nach dem Reichsvereinsgesetz der Wirt nicht mehr strafbar sei, wenn er das Lokal zu Versammlungen herbeigebe, den anderen, weil dieser inzwischen bereits eine Polizeistrafe wegen Zettelverteilung erhalten hatte, somit also wegen desselben Tat bestraft sei. Dagegen sollte Mehrlein bestraft werden, wobei der Staatsanwalt besonders auf die Bedeutung der zu ergehenden Entscheidung hinwies.

Sowohl der Verteidiger wie auch besonders Koll. Mehrlein wiesen auf die diesbezüglichen Erklärungen des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg bei Beratung des Vereinsgesetzes im Reichstage hin, nach welchen auch die freien Gewerkschaften nicht als politische Vereine betrachtet werden sollen.

Nach längerer Beratung erkannte dann auch das Gericht auf Freispruch aller Angeklagten. Die Motivierung lautete: „Wohl seien die Gewerkschaften der sogenannten „freien Richtung“ sozialdemokratisch. Ebenso sei es gerichtsnotorisch, daß sie Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen versuchen. Auch sei der Angeklagte Mehrlein als „sozialdemokratischer Agitator“ bekannt. Dennoch aber habe auch er freigesprochen werden müssen, weil ihm nicht nachzuweisen gewesen ist, daß er in der fraglichen Versammlung politische Angelegenheiten erörtert habe. Solange das aber nicht der Fall sei, könne er nicht für die Tätigkeit der leitenden Kreise in den Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden.“ Nach vieler Mühe ist also auch hier entschieden worden, daß das Vereinsgesetz Gesetz ist.

Notizen für Gasarbeiter.

Streik der Budapester Gasarbeiter. Wir entnehmen dem „Pester Lloyd“, also der bürgerlichen Presse, die nachfolgende Darstellung über die gegenwärtige Bewegung unserer Budapester Kollegen: Die Arbeiter der Budapester Gaswerke hielten Sonntag, den 28. Juni, nachmittags eine Versammlung ab, in welcher beschlossen wurde, die am Sonnabend von den Arbeitern abgebrochenen Verhandlungen mit der Direktion der Gaswerke wieder aufzunehmen. Der Versammlung, die in einem Gasthause in der Baross-utca stattfand, wohnten etwa 800 Gasarbeiter bei. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe (?) waren zwei Jüge Konstabler

de Berliner. Nun denn Schaffner hev id een Willst afrullt kregen un kann nu op den ganzen Weg sehn, dat Hamburg oghendliclich mächtig restauriert ward. Ganze Strooten sünd affreeten un in annere boot se de Ulmergrundbohn. Denn lönt ji ober tarjolen, nich?

Nun Kongress to berichten in Plattdütsch is mi nich meuglich, also dat kummt über'n Strich. Ober vun uns Hovenrundfohrt un denn Mfluch no de Lüß will id jud noch een swachen Begriff bibringen.

Vorweg mutt id nehmen, dat all de diversen „Rundfohrten“ in St. Pauli un de, de manch Deligierte noch so moll bett, privoter Natur sünd, weshalb id doröver nich berichten kann.

Mot een Mlog hev id öfter to heurn kregen, nämlich, dat dat Hamburger Veer in manche Wegend so düer sin sull! Id gleuw ober, dat dejenigen blot dat „Vedeemungsgeld“ mit irekten hev, nich wahr? Ober lot mi tofreden mit juch negierige Frogen, id tweet vun mir!

Wi hev also enn wahrhastige Rundfohrt mit de „Arena“ un „Blankeneise“ moll. Und wil dat tweete Schipp so'n unpoetischen Nomen har, sünd wi op de „Arena“ gohn. De Musil speel: „Die Trommel ruft, die Banner wehn“ as wenn im Krieg gohn weurt, ober dat weur blot een Krieg dorum, wer dat meiste Veer vertilgen kann. Dat bett nemlich allns mir kost, Veer, Kasse un Moolen. Ebenbrod un wedder Veer -- bet up dree Mark, de jeder vun uns to de kommune Unkostendeckung afloden muß.

Wi hev de groten Leberiesfohrer von buten ankieken kunn, un wenn dat noch een Delegierten geven bett, de mit Calver gläumt, dat wi keen Wirtschaftskrisis hem, so har he hier all de groten Masten vun de Hamburg America-Lin un annere Schippsgesellschaften in Hoven stillelegen sehn kunn ohne Mühsden un Worn. Se hev mir to dohn un feunt nu hier op bedere Tieden. Wi hev nu immer de groten Mastens ankieken, ol veel Segelidney weurn dorunder; sogat een Zosmafter. Junge, weur dat een Ding.

Denn sünd wi an de groten Spilers mit soj un söben Etagen vorbei na St. Pauli komen. Vintz weur de „Möhlbrand“ een Nebenarm vun de Elw, rechts dat preussische Altno, wohem of de grote Wismar-Klatur hid, weil em dat in de hamburgische Beverick-republik doch nich so recht gefallen will. Jetzt gung dat mit Bull-damp an dat poetische Blankeneise mit den unpoetischen Nomen vorbe. Endlich sünd wi an de Lüß. Dat ist ein großes Lokal, dicht dorbi

geiht de lütte Fluß Lüße in de Elw. Dat muddige Water, wat se mitbringt, moll em grad nicht to een begehrenswerten Gast. Wi sünd hier an Land steegen, hev ordentlich Kaffee supen kunn un jeder hett sich — grad as in't Staroffenland — dorch een Rosenborg dorchtreeten muß. Id gläuw dat weur all de Anfang vun deu verihimten Tokunstfoot. Rober hev wi um to verbauen twee Stunden immer op een Tamm wannern muß un hev denn dor all denn Kaffee un Kolen wedder utswet. Dorum wi nu grad immer mang de unripen Kircken op den hohen Diel „Spazieren“ mühten, hev id bet hüt noch nich spiz kregen. Nu hev wi natürlich boden wullt, aber de Lüß, dat gift heudstens een Moorbad. Also sünd wi endlich torlig an den Elwstrand komen un id hev uns Kollegen immer opheyt: „Jetzt möt wi in't Water, sünd fritt uns de Sweet op“. Ober wiel wi keen „Ununtprellische“ harn, dorum weurn einige vun uns Frinn ohne Aurosch, troy ebr stattlichen Körpers, de se ruhig harn sehn laten kunn. Dat begriep, wer kann, wat?

Wi sünd nu ober op de annere Sied gohn, wo dat so'n lange Molen gew un dort hev wi endlich denn Stopp un View seulen kunn. Dat weur aber würklich sin! Rober hett jeder een groten Vadderbrod eeten muß, un wer loerst fartig weur, bett emn groten Köhn dor to kregen. Een spozige Festred von Vaufflöter nich to vergeeten! Göt Hamburger Humor. Een Deel hett nu Regel schoben, de annern hev daut, de drünnen quatst un etliche sunge.

In'n Eilmarsch sünd wi gegen eben Mhr torlig feuhrt no St. Pauli, de meisten vun de Strapagen un dat veelte Eeten so meud, dat se all glit to Redd gohn sünd. Id muß, wiel id in Kankow, pardon Einsbüttel, wont hev, mit min Frinnid tappeln, un in't Redd to kommen. Wiel id ober morgens um acht wedder op'n Kongress sin muß, hev id slecht slopen, un dorum sarets id of düssen Vrees!

To End will id noch verraden, dat id mit'n Hamburger Kalm pleugt hev, wat natürlich blot biblisch to verstohn is.

Wenn ji nu minen Vrees nicht verstohn lönt, denn helpt dat mir, denn darf id nich mehr plattdütsch snacken, un denn mutt id woll dat Muul hollen, nich?

E. D.

(Polizei) auf den Schauplatz kommandiert, doch fand die Sicherheitsbehörde keinen Anlaß, einzuschreiten. N. Jancsó berichtete über das Ergebnis der Verhandlungen mit der Direktion und gelangte zu dem Schlusse, daß bei gründlicher Erwägung aller Umstände die Aufnahme des Kampfes die Interessen der Arbeiter schädliche. Redner stellte in Abrede, der Nachthung der Arbeiter hätte das Zustandekommen friedlicher Vereinbarungen verhindert. Die mit der Führung der Verhandlungen betrauten Arbeiter haben die Direktion veranlaßt, ihr Widerstreben gegen die Organisation aufzugeben, ferner haben die Führer durchgesetzt, daß die Direktion gegen Arbeiter, welche die Fachorganisation beleidigen, streng vorgehe. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit wurde von der Direktion für den Zeitpunkt der Aufstellung der neuen Einrichtungen versprochen. Bis dahin ist die Direktion nur geneigt, die achtstündige Arbeitszeit für den Monat Juli zu gewähren. Das konnten die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft nicht akzeptieren und darauf ist die Unterbrechung der Verhandlungen zurückzuführen. Die Arbeiterschaft müsse auch über den 30. Juni hinaus in den Gaswerken verbleiben und dürfe den Kampf nur dann aufnehmen, wenn jede Hoffnung auf Frieden geschwunden sei. Uebrigens sei die Direktion geneigt, die höheren Arbeitslöhne zu gewähren; der Kampf um die Organisation aber könne auch ohne Streit geführt werden. L. Jankowicz trat gleichfalls für den Friedensschluß ein. Redner beantragte, die Versammlung möge die Direktion verständigen, daß die Arbeiterschaft der Gaswerke auch ferner in der Anstalt verbleibe. Die Versammlung akzeptierte sodann den folgenden Beschlus: „Die am 28. Juni 1908 im Gasbause Parojs-utca 45 abgehaltene öffentliche Versammlung der Gasarbeiter beschließt, daß sie für das zu den Verhandlungen entsendete Komitee volles Vertrauen hat und das Vorgehen desselben nach allen Richtungen billigt. Sie weist gleichzeitig das Komitee an, im Interesse der friedlichen Vereinbarung, solange hierzu Aussicht vorhanden ist, alles Mögliche anzuwenden. Gleichzeitig beschließt die Versammlung, daß sie bei dem derzeitigen Stand der Angelegenheiten keine kriegerische Waffe als zum Ziel führend betrachtet. Infolgedessen macht sie es den gesamten Gaswerke-Genossen zur entschiedenen Pflicht, auch nach Ablauf des derzeitigen Vertrages die Arbeit in den Gaswerken im gewohnten Rahmen fortzusetzen, solange das Zustandekommen der friedlichen Vereinbarung nicht als ausgeschlossen zu betrachten ist. Die Versammlung erblidet in dem friedlichen, disziplinierten, jede Uebereiltheit meidenden, vorsichtigen Zusammenhalten den vollen Sieg der Interessen der Arbeiterschaft der Gaswerke. Für den Fall jedoch, daß die Direktion der Gaswerke die billigen Forderungen der Arbeiter statt zurückzuweisen sollte, ist die Arbeiterschaft der Gaswerke auch zum äussersten Kampfe bereit.“ Inzwischen hielt die Direktion der Budapest-Gasfabriken eine Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, vom 1. Juli anfangen, die achtstündige Arbeitszeit probehalber einzuführen. Ferner wird jenen Sozialarbeitern, die seit länger als einem Jahre, aber weniger als sechs Jahre im Dienste der Gaswerke stehen, vom 1. Juli anfangen ein Tagelohn von 3 Kronen 24 Heller angewiesen, respektive ausgezahlt werden. Allem Anschein nach sind denn aber die Verhandlungen dennoch gescheitert, denn Telegramme der „Künc. Köst.“ vom 1. und 6. Juli melden: „Sämtliche Arbeiter der Gasfabriken, mit Ausnahme derjenigen, die die Gasfabrik zu Tien Borort von Budapest beschäftigt sind und die von der Gesellschaft aufgestellten Vorkontingente unterzeichnet haben, sind in den Ausstand getreten. Pioniere verrichten deren Arbeit.“ Verhandlungen zwischen der Gasgesellschaft und den streikenden Gasarbeitern verliefen am 4. Juli ohne Resultat. Der Ausstand dauert also fort. Möge unseren kämpfenden Kollegen der Sieg beschieden sein. Möge unseren kämpfenden Kollegen der Sieg beschieden sein. Wir erwarten von allen Kollegen in Deutschland, daß sich kein einziger durch irgendwelche Versprechungen oder falsche Vorpiegelungen zu Hauseherdritten mißbrauchen läßt!

Leipzig. Die städtischen Gasarbeiter nahmen in der Versammlung am 23. Juni im „Iwoli“ Stellung zu ihrer Eingabe wegen Einführung der acht resp. neunstündigen in den städtischen Gasanstalten. Scharf gerügt wurde das Verhalten der Verwaltung den Arbeiterausschüssen gegenüber wegen Nichtbeantwortung ihrer Eingabe, die am 26. März eingereicht und noch heute keiner Antwort für wert gehalten wurde. Nach lebhafter Diskussion einigte man sich durch die einstimmige Annahme der nachfolgenden Resolution: „Die am 23. Juni 1908 im „Iwoli“ versammelten städtischen Gasarbeiter bringen ihr lebhaftes Bedauern zum Ausdruck über die dem Arbeiterausschuss gegenüber behobene Behandlung, seitens der Verwaltung wegen Nichtbeantwortung ihrer Eingabe vom 26. März d. J., betreffend die Einführung der acht resp. neunstündigen in den städtischen Gasanstalten. Die Versammlung protestiert gegen eine solche Behandlung ihrer Vertreter und gibt den Arbeiterausschüssen auf, im etwaigen Wiederholungsfall eines solchen Verhaltens auf die weitere Ausübung ihres Mandates dann zu verzichten. Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, den Rat der Stadt Leipzig von dem Wortlaut dieser Resolution auf dem schnellsten Wege in Kenntnis zu setzen.“

Aus den Stadtparlamenten.

Bienitz. Der Magistrat hat sich aus hygienischen und sozialen Gründen veranlaßt gesehen, den städtischen Arbeitern einen Sommerurlaub zu gewähren. Dieser Urlaub soll bei dreijähriger Dienstzeit 3 Tage, bei fünfjähriger 6, bei zehnjähriger 10 und bei fünfzehnjähriger Tätigkeit 14 Tage betragen. Der Urlaub wird aber nur an ständige Arbeiter und bei einwandfreier Führung erteilt, ohne daß den Arbeitern ein Rechtsanspruch zugestanden wird. Während des Urlaubes wird der Lohn fortgezahlt, Messel- und Reinigungsarbeiter sollen noch etwas besser im Urlaub gestellt werden. Die Kosten, die der Stadt daraus entstehen, werden auf 6 bis 8000 Mark berechnet. Weiter sollen Arbeiterauschüsse gebildet werden, die eine Arbeitsordnung mit Lohnklassen und Arbeitszeit aufzustellen haben. Wahlberechtigt sind jedoch nur solche Arbeiter, die mindestens ein Jahr in städtischen Diensten stehen. Ein Drittel des Ausschusses muß mindestens 30 Jahre alt und mindestens 5 Jahre in städtischen Diensten stehen. Die Stadtverordnetenversammlung hat zu dieser Vorlage ihre Zustimmung erteilt. — Die vielen Bedingungsklauseln der vorhergezeichneten Verbesserungen hätten billigerweise weggelassen können.

Gera. Gewährung von Sommerurlaub an die städtischen Arbeiter wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Der Urlaub soll bei fünfjähriger Tätigkeit im Dienste der Stadt 3 Tage, bei zehnjähriger 5 Tage und bei fünfzehnjähriger 7 Tage pro Jahr betragen, wenn die Arbeiter befriedigende Leistungen bieten. — Dieser letzte Passus öffnet der Beamtenschaft Tür und Tor.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Die Kollegen der Gasanstalt Langjäger Straße hielten am 25. Juni eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Schulz referierte über die „Forderungen des Gemeindeförderer-Verbandes“. Ausgehend von den Forderungen allgemeiner Natur, wie sie in unserem Programm enthalten sind, behandelte der Referent besonders die Notwendigkeit der Aufbesserung unserer Lohnerhältnisse. Wochenlöhne, jährlich steigende Lohnskalen, Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind ganz besonders für die Berliner Kollegen genereller Verbesserung bedürftige Angelegenheiten. Der von der Stadtverwaltung der Durchführung unserer berechtigten Forderungen entgegengehaltene Widerstand kann erfolgreich nur durch die Vereinigung der gesamten städtischen Arbeiter bekämpft werden. Diese Einigkeit zu schaffen, muß Aufgabe aller einmütigen Kollegen sein. Dabei wird es aber nicht ausbleiben können, den Leuten, die in untergeordneter Weise den Arbeitern die Verletzung ihres Koalitionsrechtes verwehren wollen, scharf auf die Finger zu weisen. So ist auch in der Gasanstalt Langjäger Straße ein Vorarbeiter Heißner, der es sich besonders angelegen sein läßt, die Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit mit Drohungen zu belästigen. Wir erwarten, daß der Herr nach Feststellung seines Verhaltens das Unrechtmäßige und Gefährliche desselben einseht. Danach empfehlen wir ihm, sich dann die Anschuldigungen des Oberbürgermeisters Richter zu eigen zu machen, daß der Koalitionsstreik für die städtischen Arbeiter keine Hindernisse bereitet werden sollen. In Abwechslung der übrigen Punkte der Tagesordnung erstattete der Arbeiterausschuss Bericht über die stattgefundenen Sitzungen bezw. die erfolgten Entschlüsse der Direktion. Hierüber wird noch besonders berichtet werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die vom besten Geist besetzte Versammlung ihr Ende.

Berlin. Am 27. Juni fand bei Widellied, Judenstraße 55, eine Versammlung der Parkarbeiter statt. Besonderer Anlaß dazu waren die sich immer mehr häufenden Klagen über mangelhafte Unregelmäßigkeit. Hauptfachlich wird über die direkt in die Augen fallende Bevorzugung einzelner zum Schaden der anderen geklagt. Ferner tritt die Erscheinung zutage, daß statt 7 Tage Urlaub nur 6½ Tage gewährt werden, doch nur, um Geld zu sparen, während auf der anderen Seite unnötigerweise eine Klumme Nachtarbeit gemacht wird. Es würde zu weit führen, die einzelnen Beschwerden wiederzugeben. Es wurde der Arbeiterausschuss beauftragt, sofort die Sache nach bestem Können zu regeln.

Berlin. Die Straßener Arbeiter hielten am 1. Juli eine öffentliche Versammlung ab. Das Resultat der Wahl für den Arbeiterausschuss ergab, daß für die Mandatanten des Verbandes 102 Stimmen und für die des Ortsvereins 60 Stimmen abgegeben wurden. Soweit also die Arbeiter in Frage kommen, haben wir trotz der unangünstigen Verhältnisse die absolute Majorität erhalten. Die neue Repräsentation, die stattgefundenen Veränderungen und nicht zuletzt die Vornahme der Wahl in den Abteilungsdeposits waren drei Umstände, die von der Verwaltung direkt auf das Interesse des Ortsvereins präjudizierten waren. Ein Vergleich mit der letzten Arbeiterausschusswahl ist auch darum nicht zu ziehen. Hier kann nur die letzte Wahl für die Vertreter der Straßener in Frage kommen. Dort haben wir mit 55 Stimmen leider nur einen Vertreter erwählen können. Hatte nun der Ortsvereinsvorstand

siegesbewußt von dieser Wahl auf die stattfindende für den Arbeiterausschuß geschlossen, so wurde er doch etwas enttäuscht. Neben einer Zunahme unserer Stimmen um rund 150 haben wir drei Vertreter gewählt. Der vierte Verbandskandidat, Koll. Kriegl, ist durch Stimmengleichheit mit dem Ortsvereinsvertreter in Stichwahl gekommen. Jügen wir noch hinzu, daß der Ortsvereinsverband in letzter Stunde ein von Lügen und Verleumdungen strotzendes Flugblatt herausgab, so haben sich die Herren von der anderen Seite die Eroberung zweier Mandate nicht ihrer guten Sache wegen zuzuschreiben. So ist noch obendrein die Wahl des Ortsvereinskandidaten FeLo Jögel nur dem Terrorismus zu verdanken. Ein Vorarbeiter Schulz hat da ganz besonders hervorragendes geleistet. Angesichts des Ausfalles der Wahl haben wir keine Ursache, irgendwie trübe Gedanken zu hegen. Hat uns doch die Wahlkampagne einen erklecklichen Teil der fernstehenden Kollegen als Mitglieder zugeführt. Unsere Aufgaben im Arbeiterausschuß können nach wie vor erfolgreich durchgeführt werden. Wir sind auch jetzt in der Lage, selbständig Anträge zu stellen und Sitzungen zu beantragen. So werden die Wünsche und Beschwerden der Kollegen ihre geeignete Vertretung im Arbeiterausschuß finden. Dann gilt es aber, ganz energisch die Herren Vertreter vom Ortsverein im Arbeiterausschuß auf die Erfüllung ihrer großmütig gegebenen Versprechungen hinzuwirken. Hier wird es Sache der Kollegen in den einzelnen Bezirken sein, wirksam mitzuarbeiten. Mehr wie bisher aber muß die Hauptaufgabe in der Organisation erfüllt werden. Durch nimmer rastende Aufklärungsarbeit muß den Kollegen die Notwendigkeit einigen, geschlossenen Handelns vor Augen geführt werden. — Die anschließende Diskussion war eine sehr lebhaft. Besonders das letzte Flugblatt, vom Vorstand des Ortsvereins herausgegeben, wurde auf seine Unwahrheiten hin einer scharfen Kritik unterzogen. — Als Antrag für den Arbeiterausschuß wurde die Forderung auf Gewährung einer Stunde Abendbrot für die Abendposten aufgestellt. Des weiteren soll bei erneuten Verhandlungen im Arbeiterausschuß an dem Antrag auf Gewährung dienstfreier Montage festgehalten werden. Dann soll die endgültige Erledigung der noch schwebenden Anträge angestrebt werden. Den Kollegen noch einmal die Notwendigkeit reger agitatorischer Tätigkeit für die Organisation vor Augen führend, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Tresden. Für die Arbeiter der städtischen Straßentrreinigung fand am 26. Juni eine gut besuchte Versammlung statt. Kollege Freikler beleuchtete in längeren treffenden Ausführungen das Arbeitsverhältnis der Tresdener Straßenträger. Wohl und gegen den früheren Zustand wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen, welche auf den wachsenden Einfluß der Organisation zurückzuführen sind. Trotz alledem bleibt aber noch vieles zu wünschen übrig an den Löhnen, der Diensterteilung und nicht zuletzt auch an der Behandlung. Es ist deshalb notwendig, den Einfluß der Organisation noch mehr zu verstärken, um hier Abhilfe zu schaffen. Die Furcht vor dem Beitritt zur Organisation, die Demunitionssucht und die große Gleichgültigkeit gegenüber gewerkschaftlichen Dingen muß beseitigt werden; dann wird man auch schneller vorwärts kommen. Daß verschiedene Mehrmeister der Organisation nicht gerade freundlich gesinnt sind, ist ja wohl natürlich, wissen sie doch, daß die Organisation ein wachsendes Auge hat und etwaige Mehrgriffe ohne große Umstände vor die richtige Schmelze bringt. Es sei deshalb auch hier darauf hingewiesen, daß es durchaus nicht zu den Aufgaben der Mehrmeister gehört, neu in Arbeit tretende zu fragen, ob und von wem sie schon zur Organisation angehalten worden wären, oder ob sie bereits organisiert wären. Um diese Privatverhältnisse sich zu bestimmen, haben die Herren gar keine Veranlassung, sie lassen sich doch auch nicht nach ihren Angelegenheiten betragen. — Es wurden sodann noch eine lange Kette von Betriebsangelegenheiten zur Sprache gebracht. So will die alte Mägen nicht versummen, daß man stets bestrebt ist, an Arbeitskräften zu sparen. Jetzt ist wieder die Zeit, wo zum Füllen der Sprengwagen tagtäglich eine erhebliche Zahl Arbeiter der regelmäßigen Meinung entgegen werden. Nun ist auch noch die „Müllzeit“ und von fast jeder Kolonne sind ein oder mehr Mann erkrankt. Aber Ersatzleute hierfür werden nicht eingestellt. Die Folge ist Überlastung der vorhandenen. Da fehlen nun auch noch schon seit Anfang Mai bei zwei Inspektionen zwei Mehrmaschinen und während sonst jede Kolonne eine Maschine zur Verfügung hat, müssen sich jetzt drei Kolonnen in zwei Maschinen teilen. Einmal Tages wurde das Geschirr zum Abfahren des Schmutzes nicht fertig. Kurz entschlossen wurden die Geplante der Mehrmaschinen zum Schmutzfabrik kommandiert und die Straßen mußten mit der Hand gefegt werden. Es hat bald den Anschein, als ob man mit dieser Art Sparmaßnahmen die Kosten der freien Tage, welche jetzt auf 12 im ganzen Jahre vermehrt worden sind, wieder wegst machen wolle. Es wurde dann noch zur Sprache gebracht, daß ein mit der Beamtenvergangenheit versehenen Vorarbeiter seinen Urlaub dazu benutzt hat, während des Bundesfestes als Regelausscher zu arbeiten. Dieses Verhalten eines Beamten wurde allerdings scharf kritisiert; indirekt aber ist die Stadt schuldig, weil sie diese Beamten nicht so bezahlt, wie es notwendig wäre. Denn aus Übermut hat sich der Beamte, dessen Verhalten kein zweiges ent-

sühligt werden soll, nicht als Regelausscher hergegeben; er hat eine zahlreiche Familie. Was soll da erst der „gewöhnliche“ Regeltun, der für 33 Pf. pro Stunde arbeiten muß! Wie gering der Arbeiter geschätzt wird, zeigt sich unter anderem darin, daß, als jetzt ein Mehrer einem Hitzschlag erlag, es der Herr Mehrmeister nicht für nötig erachtete, die Mitarbeiter davon in Kenntnis zu setzen. Sie erhielten erst auf Umwegen Kenntnis davon. Zuletzt wurden dem Arbeiterausschuß Anträge zur Erledigung überwiesen, welche eine Reform der Uniform herbeiführen sollen. Vor allen Dingen wurde ein sogenanntes Stiefelgeld, wie es in verschiedenen Städten schon gewährt wird, gewünscht. Wie notwendig dies ist, geht daraus hervor, daß jetzt eine Strafe probeweise geteilt wurde, um sie staubfrei zu machen. Die hierbei gebrauchten Chemikalien waren so scharf, daß sich die Arbeiter ihre Stiefel hierbei verbraten haben. Wer erlegt ihnen denn diese? Auch die jetzt in Gebrauch befindlichen blauen Mittel besitzen eine unangenehme Eigenschaft, sie färben bei jedem Regen ab, so daß sich die Arbeiter ihre Hemden schon oft ganz und gar verbraten haben. Warum kann man hier nicht auch die bewährten getreideten Mäusen einführen? Ein leichter Hut für den Sommer wäre ebenfalls zu wünschen, und so gäbe es noch vieles zu verbessern. Der Arbeiterausschuß versprach denn auch, in dieser Weise sein möglichstes zu tun.

Leipzig. Am Sonntag, den 28. Juni, hatten sich die städtischen Straßenträger versammelt, um den Bericht über die Sitzung des Arbeiterausschusses, bei persönlicher Anwesenheit des Herrn Stadtbaurates Franze nebst seinem Assistenten Schöne, entgegenzunehmen. Nach den Ausführungen des Ausschusses ist folgendes als Ergebnis zu betrachten: Für die jüngeren Leute eine Lohnerhöhung vor Ablauf eines Jahres eintreten zu lassen, sei keine Aussicht vorhanden, da man erst den Abschluß des Probejahres der neuen Meinung auf sein günstiges oder ungünstiges Ergebnis abwarten müsse. Außerdem hätten sich die neu eingestellten Leute auf ein Jahr verpflichtet, mit dem Anfangslohn von 38 Pf. vorlieb zu nehmen. Vom Ausschuss wird dagegen ins Feld geführt, daß den Leuten höhere Versprechungen gemacht worden seien, als nachher eingehalten wurde. Ein sofort hinzugezogener Aufseher, der dahingehende Versprechungen gemacht haben soll, glaubt dies in Abrede stellen zu müssen, oder es sei auf einen Irrtum zurückzuführen. Auf Grund einer unpassenden Begründung über das Ungenügen des jetzigen Lohnes durch ein Ausschussmitglied wird sodann zugelassen bzw. freigestellt, daß an den Montagvormittagen bei Nachtdienst gearbeitet werden kann, um dadurch das Einkommen zu erhöhen. Diese Zustimmung weist die Versammlung entschieden zurück. Des weiteren ist zugestanden worden, daß für alle Arbeiten, über die normale Arbeitszeit hinaus, in Zukunft ein Zuschlag von 25 Proz. gewährt wird. Das ist bei jedem Arbeiter, der vierte Teil von seinem Stundenlohn zum gewöhnlichen Stundenlohn hinzugezogen. Ferner hat die in der letzten Versammlung angenommene Resolution des Ausschusses des Herrn Baurates erregt, wozu der Ausschuss bemerkt, daß er seine Dispositionen von den versammelten Arbeitern entgegenzunehmen habe, die zum größten Teile organisiert seien, und daran nichts ändern könne. Die Versammelten freizeitlicher lebhaft das Verhalten der Verwaltung durch das geringe Entgegenkommen, genannt Sparpolitik, und erhöhten Angelegenheiten, wo es sich um Subventionen von patriotischen oder sonstigen Almbühnereinen handelte, wo man nichts von Sparpolitik beobachtet habe. Die Versammlung erklärte deshalb, auf ihre bisherigen Forderungen zu beharren und verpflichtet den Ausschuss, diesen Standpunkt dem Male unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Unter einem Sturm von Entrüstung nahm sodann die Versammlung von dem unflätigen Verhalten des Aufsehers Kose in H. Bezirk Kenntnis, gegenüber einem erkrankten Arbeiter, wonach letzterer jenem auf seine Krankmeldung also unhöflich und unfem antwortete: „Sie haben sich doch überessen, geben Sie zum Viehdoktor zur Behandlung.“

Rundschau.

Eine Subsidigung auf Befehl. Wir entnehmen der „Leipz. Volksz.“ folgende Notiz: Am 1. Juli ging der Regierung für das öffentliche Belästigungswesen Leipzigs, Herr Stadtrat W under, in den Rathenand. Zum Zeichen besonderer Ehrung lassen es sich einige höhere Beamte nicht nehmen, aus dem Gesicht der Taubarbeit heraus eine Abschiedsfeier zu arrangieren, bei der natürlich die Arbeiter nach ihrer Ansicht nicht fehlen durften. Flug wurde dem Arbeiterausschuß von „leben“ kund und zu wissen getan, daß die Arbeiterschaft dafür interessiert, eventuell deren Meinung eingeholt werden solle. Und das Ergebnis: in zweimaliger Zusammenkunft (die letztere auf besonderen Wunsch des Direktors Zemann) lehnte man dies Anerbieten einmütig ab, mit dem Hinweis, daß eine derartige Angelegenheit nicht zu den Ehrenheiten der Arbeiterschaft gehöre, selbst wenn man auch die Verdienste des Herrn Stadtrates würdigen wolle. Zu einem Dankesakt läge aber kein Anlaß vor unter Berücksichtigung der zurückgelassenen Arbeitsverhältnisse. Dieses Votum hat die Organe der Verwaltung jedoch nicht gebührt, nimmere den Ausschussvorsitzenden zu beauftragen,

an der Festlichkeit teilzunehmen. Auf die Dekoration durch die Arbeiterchaft glaubte man nicht verzichten zu können. Daß der Ausschußvorsitzende nicht im Namen der Arbeiterchaft sprechen kann, ergibt sich aus der befundenen Stellungnahme des letzteren von selbst, und so hätte schon das einfache Tatgefühl jene Herren Arrangeure abhalten müssen, den Stadtrat Wunder bei seinem Abschiede mit einer so sonderbaren Ehrung zu bedenken.

Ueber das Konsumvereinsgeschäft in Stuttgart im Jahre 1907 berichtet der Aufsichtsrat: Auf dem Warenmarkt verfolgten die meisten Artikel eine zum Teil empfindliche Aufwärtsbewegung der Preise, die während des ganzen Jahres anhält. Infolgedessen wurde der Verbrauch in verschiedenen Artikeln seitens der Mitglieder eingeschränkt, um die Ausgaben mit den Einnahmen einigermaßen in Einklang zu bringen. Im Berichtsjahr ließ der Verein 40 chemische und mikroskopische Untersuchungen vornehmen, und zwar 2 von Natriumsoda, 2 von Butter, 2 von Honig, 27 von Weizen- und Roggenmehl, 1 von Olivenöl, 4 von Paraffinbrennöl, 2 von Seife. Das Ergebnis für den Verein war ein relativ gutes. Der Absatz in Wein hat sich von 1007 720 Liter auf 1030 200 Liter, also um 122 471 Liter im Berichtsjahr gehoben, ein Beweis dafür, wie sehr die Mitglieder einen reinen, unversäulchten Wein zu schätzen wissen. Leider sind infolge des Mißjahres 1906 und bei dem sehr mäßigen Herbstsergeant von 1907, das nicht einmal allen Bedarf decken konnte, die Preise enorm in die Höhe gegangen und wurde diese Steigerung durch die Erhöhung des Zolles für aus dem Ausland bezogene eingestampfte Trauben von 4 Mk. auf 10 Mk. pro 100 Kilo brutto noch weiter gefördert. Die Qualität des 1907er Weines war im allgemeinen eine recht gute, wenn auch die Erwartungen für einen Ausbruchwein nicht ganz erfüllt worden sind. Um das stark gelichete Lager wieder zu kompletieren, hat der Verein neben württembergischen, badischen, rheinheffischen und Pfälzischen große Mengen eingestampfter Trauben aus Frankreich, Italien, Tirol und Ungarn bezogen. Apfelmost wurde auch im Berichtsjahr für die Mitglieder beschafft und die abgegebene Menge hat mit 2 624 949 Liter das vorjährige Quantum um 219 620 Liter noch übertroffen. Die Obsterte in Deutschland ist ganz gering gewesen, so daß beinahe nichts hiervon auf den Markt kam. Wir mußten daher unseren ganzen Bedarf von Italien und Ungarn beziehen. Der Preis kam daher auf 16,7 Mk. das Liter zu stehen. Der Umsatz in Bier hat infolge der bedeutenden Einlage von Most etwas nachgelassen. Im Brennmaterialgeschäft war das ganze Jahr hindurch ein flatter Absatz zu beobachten; leider konnten infolge langamer Lieferung und teilweiser Meduzierung der gekauften Mengen bis um ein Drittel die Aufträge nicht so prompt erledigt werden, als es wünschenswert gewesen wäre. In der Wägerei ist der Umsatz etwas zurückgegangen, was darin seinen Grund hatte, daß einige benachbarte Vereine, die bisher ihren Brotbedarf von dem Verein bezogen hatten, mittlerweile eigene Wägereien errichteten. Der Umsatz in den eigenen Läden ist im Vergleich zum Vorjahr etwas gestiegen. Infolge andauernder Mehlpreiserhöhung mußten die Brotpreise von Mitte Juni an um eine Kleinigkeit erhöht werden in der Hoffnung, angesichts der in Aussicht stehenden guten Ernte im Inland im Herbst wieder auf die alten Preise zurückkehren zu können. Leider hatte man sich hierin gründlich getäuscht. Nächst eintreffende Gerichte über schlechte Ernteaussichten in den verschiedenen Produktionsgegenden, verbunden mit längerer Einstellung der Rheinschiffahrt und dadurch bedingter beinahe ums Dreifache höherer Bahnfracht bewirkten, daß Mehl rasch um 8-9 Mk. pro Sack stieg und damit einen Preisstand erreichte, wie er seit Jahrzehnten nicht mehr zu finden war, und so war man gezwungen, anfangs November dem enormen Mehlaufschlag in den Brotpreisen einigermaßen zu folgen. Das Feinwarengeschäft hat sich weiter schon entwickelt. Das Garn- und Tritotagengeschäft, das wegen Mangel an weiterer Ausdehnung und nötigen Raum von Fischstraße 35 in den gegenüberliegenden Neubau des Fabrikanten Eugendubel verlegt wurde, hatte sich eines ganz bedeutenden Ueberschusses, und zwar um 83 500 Mk. zu erfreuen. Um die alten Lokalitäten passend zu verwenden, wurden dieselben zu einem Aussteuergeschäft eingerichtet. Das Schuhwarengeschäft zeigte vermehrten Absatz. Es wurden im Berichtsjahr für 11 350 Mk. mehr Schuhwaren verkauft als im Vorjahr. Es wäre wünschenswert, wenn sich möglichst alle Stuttgarter Kollegen dem Konsumverein anschließen, wie dies auch an anderen Orten überall geschehen sollte!

Gefahr der Alkoholverabreichung an Kinder. Die Krankengeschichten von über 100 Fällen von Lebercirrhose bei Kindern sind von Dr. Ernest Jones gesammelt worden. Unter diesen hundert läßt sich bei 24 der Alkoholismus als ätiologischer Faktor nachweisen, wenn auch nicht behauptet werden kann, daß der Alkohol die einzige Ursache war. Doch unterliegt es keinem Zweifel, daß der Alkohol bei Kindern wie bei Erwachsenen die wichtigste klinische Ursache der echten Lebercirrhose ist. Die häufige Quelle des Uebels war, und zwar in mehr als der Hälfte der Fälle, die Verabreichung von Alkohol durch die Eltern. Sie taten dies gewöhnlich in der besten Absicht, um den Kräftezustand der an Schwäche oder Unterernährung leidenden Kinder zu heben. In mehr als einem Viertel aller Fälle war der Alkohol ursprünglich durch den Arzt verordnet worden, mit so ungenauer

Vorschrift, daß die Eltern die Verabreichung mit so traurigem Erfolge fortsetzten. In drei Fällen hatte der Arzt ausdrücklich Erhöhung der gewohnheitsmäßigen Alkoholosis angeordnet, in der Absicht, dadurch den Kräfteverfall zu beheben, der von der nicht erkannten Lebercirrhose herrührte. Von der Leichtfertigkeit, die sich in der kritiklosen Verordnung „eines Glases Portwein“ — ohne genaue Dosierung und Angabe der Zeitdauer der Verabreichung — kundgibt, wollen wir gar nicht sprechen, trotzdem sie leider nur allzubäufig zu finden ist. Solche Nachlässigkeit kann gar nicht streng genug verurteilt werden, da die bösen Folgen, direkte und indirekte, jedem unterrichteten Arzte geläufig sein sollten. Ein Arzt, der gegenwärtig Alkohol verordnet, abgesehen von seltenen und sehr rasch vorübergehenden Indikationen, bei denen er als Medikament und womöglich in unkenntlicher Form gereicht werden sollte, handelt nicht nur im Widerspruch mit den Lehren der wissenschaftlichen Medizin und Physiologie, sondern trägt auch dazu bei, den allgemeinen Glauben an den Wert des Alkohols bei Krankheiten zu erzeugen oder wenigstens zu erhalten, der so viel Unheil anrichtet. Diese Ueberlegung sollten wir uns stets gegenwärtig halten, denn der Einfluß des einmütigen Widerstandes der Ärzte gegen die Verabreichung des Alkohols an die Kinder seitens ihrer Eltern kann gar nicht hoch genug geschätzt werden.

Internationale Rundschau.

Schweiz. Wir hatten bereits in Nr. 16 der „Gewerkschaft“ kurz über den stattgehabten Verbandstag unserer Schweizer Kollegen berichtet. Am 1. Juli d. J. sind nun ziemlich einschneidende Neuerungen in Kraft getreten. Seit diesem Tage erscheint allmonatlich der „Aufwärts“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Schweiz, in deutsch, französisch und italienisch. Zum Redakteur und Verbandssekretär ist der ehemalige Buchdrucker, Kollege E. Schaferoth, gewählt, der sich nunmehr ganz unserer Schweizer Bewegung widmen kann. Damit dürfte über kurz oder lang eine weitere Ausdehnung unserer Organisation auf alle größeren Gemeinden der Schweiz vor sich gehen zum Segen der beteiligten Arbeiter. Gegenwärtig gehören zirka 1700 Kollegen dem Verbands an, in den Sektionen Zürich, Winterthur, Basel, Bern, Biel, Chur, Aarau, Königsfelden und Chaux-de-Fonds. Wir geben aus dem begründeten Leitartikel der uns freundlichst zugewandten Nr. 1 des „Aufwärts“ die folgenden Stellen wieder, die sicher auch für uns deutsche Kollegen beachtenswert sind:

„Aufwärts“ haben wir das Blatt gekauft, denn aufwärts geht unser Ziel wie das der ganzen kämpfenden Arbeiterchaft, nach einer besseren und glücklicheren Zukunft, wo nicht mehr der Geldsack herrscht, sondern die ehrlich arbeitende Menschheit. Wer einen Berg besteigen will, darf Mühe und Anstrengung nicht scheuen. So ist auch der Weg der Arbeiterklasse nach aufwärts ein mühsamer und anstrengender. Große Hindernisse müssen überwältigt werden. Ein großes Hindernis ist der Widerstand der Besitzenden und herrschenden Klasse. Sie selbst erheben sich des gesteigerten Reichtums, sie hat vollen Anteil am Lebens- und Kulturgenuss. Das wird ihr nur ermöglicht durch die Tätigkeit der Arbeiterklasse. Trotzdem nennt sie jede Forderung der Arbeiter von mehr freier Zeit und mehr Lohn: „Vegetarität“. Die Erfahrung aller Tage zeigt, daß jede Stufe nach aufwärts dem heftigsten Widerstande abgerungen werden muß. Das größte Hindernis liegt aber bei den Arbeitern selbst. So bei denen, die durch Untertätigkeit und Ungehörigkeit nach einem bessern Pflägli gattern. Bei vielen Vorgesetzten sind das noch gefährliche Schöpsfänger — bis die Charakterlosigkeit eines Tages den eigenen Verren schlägt und der wohlverdiente Lohn verabsolgt wird. Aber auch bei denen, die glauben, es sei genug, wenn sie dem Verein angehören und ihre Beiträge bezahlen, dann müßten ihnen die gebrauchten Tauben von selber ins Maul fliegen. Die stumpf und blind im Wirtshaus sitzen, statt die Versammlungen zu besuchen, die ihre Bildung beim Tisch oder in Spektakelblättern suchen, statt eine Arbeiterzeitung oder ein gutes Buch zu lesen.

Ja, das größte Hindernis eines kräftigen Aufwärtsstrebens liegt bei solchen Arbeitern und es gibt deren leider noch viele. In gewissenlichen Zeiten sind sie das Schwergewicht, das an den anderen lastet. Nimmst ihnen dann plötzlich das Bewußtsein, daß es besser sein sollte, dann glauben sie, es müßte nun alles auf einmal gehen. Dann stürmen sie in allen Wirtshäusern herum, wenn es nicht möglich ist. Der Vorstand und alle anderen sollen dann schuld sein, nur sie selbst nicht. Oh, es wäre sehr viel möglich, wenn man einfahe, daß jeder nicht nur in einer Aufwallung, sondern alle Tage gearbeitet werden muß. Und jeder einzelne kann sehr viel, ja die Hauptfache tun. Alle Tage kommt er mit seinen Arbeitskameraden zusammen, alle Tage kann er mit ihnen reden, die Gleichgültigen auffordern, dem Verein beizutreten, die Stumpfhirnigen überreden, eine Arbeiterzeitung zu lesen und zu abonnieren. Jedes freundliche Wort wird eine Wirkung haben, wenn nicht zum ersten, dann zum zweiten oder drittenmal. Man darf nur die Geduld nicht verlieren. Nicht dem Vorstand muß man diese Arbeit überlassen, das ist zu viel für ihn. Jeder kann, jeder soll und muß dabei mithelfen, wenn es gelingen soll. Das ist für den einzelnen eine Kleinigkeit — aber in der Gesamtheit wirkt es viel. Eine

große Schar, die so arbeitet, besiegt jedes Hindernis. Aufwärts muß es zunächst in der Arbeiterschaft selbst gehen. Eine große Summe von Intelligenz, Willens- und Tatkraft schlummert in ihr, sie muß aufgerüttelt und in Wirksamkeit gesetzt werden. Da ist eine große Kraft mobil zu machen, eine Kraft, der nichts widerstehen kann, sobald sie zielbewußt und organisiert in guter Disziplin vorgeht. Das wird der Arbeiterschaft die Achtung erzwingen, die man ihr heute noch verweigert. Das zu erzielen, soll Zweck unseres Verbandes und unseres Organs sein. Jeden zu erziehen, daß er weiß, daß es jederzeit auf ihn genau so ankommt, wie auf alle anderen, daß seiner flau oder faul sein darf, wenn es aufwärts gehen soll."

Wir heißen unser Schweizer Bruderorgan herzlich willkommen. Möge es den Schweizer Kollegen eine scharfe Waffe sein im Kampfe wider all das, was unserer Bewegung hemmend entgegentritt.

Internationale Kongresse. Ein internationaler Vergarbeiterkongreß fand vom 8. bis 12. Juni in Paris statt. Er war von 131 Vertretern besetzt. Es wurde beschlossen, daß aus jedem Lande nur eine Vertretung anerkannt werden sollte; wo mehrere Organisationen bestanden, hätten diese sich über die Vertretung zu einigen. Dann sprach sich der Kongreß aus für die Achtung und Aufsicht (einschließlich Einfahrt und Ausfahrt), Verbesserung der Vergesehe, Grubenaufsicht durch Arbeiter, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in Bergwerken und der Arbeit Jugendlicher (14 bis 16 Jahre) unter Tage, Schaffung eines Mindestlohnes durch Arbeitstarifverträge, Vertretung der Vergewerter unter Wahrung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und ausreichende Fürsorge für verunglückte und invalide Bergleute. Die Frage der Produktionsbeschränkung bei Arbeitskämpfen wurde dem internationalen Ausschuss überwiesen. Der von den Deutschen und Österreichern vertretene Antrag, nur alle zwei Jahre zu tagen, wurde abgelehnt. — Der 7. internationale Textilarbeiterkongreß tagte zu Wien vom 25. bis 28. Mai. Den wichtigsten Verhandlungspunkt bildete das internationale Streikreglement. Es wurde beschlossen, daß der internationale Kampffonds in Anspruch genommen werden kann, wenn 10 Proz. der Mitglieder einer Landesorganisation im Kampfe stehen und die Organisation nach der vierten Streikwoche die Mittel nicht mehr aus eigenen Mitteln aufbringen kann. Wird die Unterstützung bewilligt, so wird von der 9. Woche ab für jeden Streikenden ein Wochenlohn von 3 Mk. geleistet. Als Beitrag zum internationalen Fonds wurden 10 Centimes pro Kopf und Jahr beschlossen. Das internationale Korrespondenzblatt soll künftig regelmäßig alle 2 Monate erscheinen.

Belgien. In Belgien haben während der Pfingstfeiertage eine Reihe Gewerkschaftskongresse stattgefunden, die diesmal für die deutschen Gewerkschafter ein besonderes Interesse beanspruchen können, schon allein deswegen, weil überall das Bestreben sich bemerkbar machte, den belgischen Organisationsmethoden zu folgen. Die belgischen Gewerkschafter, die bis vor kurzem, ähnlich wie die Franzosen, nur kleine lokale Syndikate besaßen, kommen nämlich immer mehr zu der Ueberzeugung, daß eine Zusammenfassung der Kräfte in Zentralverbände eine Notwendigkeit ist. Ähnlich wie in Deutschland anfangs der 90er Jahre, so finden wir gegenwärtig und schon seit längerer Zeit innerhalb der belgischen Gewerkschaften heftige Diskussionen über die Organisationsform und die Beitragshöhe. Die Argumente, die dort für geringe Beiträge noch teilweise angeführt werden, sind dieselben wie wir sie früher auch bei uns gehört haben. Mehr und mehr aber bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß die moderne Entwicklung der Industrie große, starke Nationalverbände mit gefüllten Kassen erfordert. Es tagten unter anderem folgende Verufe: die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Buchbinder, Metallarbeiter, Lithographen, Zigarrenarbeiter, Steinarbeiter und Buchdrucker. Bei allen diesen Kongressen handelte es sich um die obigen Organisationsfragen. Von den Führern der betreffenden Gewerkschaften wurde stets auf die in dieser Beziehung musterhaften deutschen Einrichtungen hingewiesen.

Österreich. Die österreichische Gewerkschaftsbewegung hat ihren starken Aufschwung im Jahre 1907 fortgesetzt:

Mitglieder			Mitglieder				
männl.	weibl.	zusammen	männl.	weibl.	zusammen		
1892	41 300	2216	46 606	1903	145 146	9 510	154 655
1896	96 221	3448	98 669	1904	176 066	13 056	189 121
1899	113 778	6556	119 334	1905	294 697	28 192	322 889
1901	113 672	6378	119 050	1906	406 080	42 100	448 270
1902	120 200	6888	135 178	1907	454 693	46 401	501 094

Nach der letzten amtlichen Verurteilung kommen 2 226 601 erwachsene industrielle Arbeiter als organisierbar für die Gewerkschaften in Betracht; von diesen sind also 22½ Proz. bereits organisiert. In Wien, das 125 620 organisierte Arbeiter beherbergt, steigt die Verhältniszahl auf 39 Proz. Mehr als 22 Proz. der Arbeiter sind in folgenden Gewerbezweigen organisiert: Bauarbeiter (51 740 = 31,8 Proz.), Organisierte, Vergarbeiter (30 715 = 22,6 Proz.), Buchdrucker (16 813 = 28,7 Proz.), bei den männlichen Arbeitern sind es hier 39,10 Proz.), Eisenbahner (51 832 =

40,7 Proz.), Metallarbeiter (91 829 = 27,6 Proz.), Papier- und chemische Arbeiter (20 027 = 35,8 Proz.). Die Einnahmen der gesamten Gewerkschaften sind von 2 228 346 Kronen im Jahre 1901 auf 6 982 374 Kronen im Jahre 1906 und 8 120 763 Kronen im Jahre 1907 gestiegen. Dabei sind die Einnahmen der Widerstandsfonds nicht mitgerechnet, da diese nicht von den Gewerkschaften, sondern von sogen. „freien Organisationen“ verwaltet werden. Die Streiffonds haben im vorigen Jahre rund 3¼ Millionen Kronen eingenommen. Der Vermögensstand aller Gewerkschaften beträgt 8 806 038 Kronen, er ist seit 1906 um 1½ Millionen Kronen gestiegen. Den größten finanziellen Aufschwung haben die Metallarbeiter genommen, die ihr Vermögen innerhalb dreier Jahre von 200 000 auf 1 200 000 Kronen erhöhten. („Soz. Praxis“.)

Schweden. Der Kongreß der schwedischen Gewerkschaften hat nunmehr nach dreitägigen Verhandlungen seine Beschlüsse über die Taktik gegenüber den Massenauflösungen gefaßt, die das organisierte Unternehmertum in verschiedenen Berufen veranstaltet hat und auf die ganze Arbeiterschaft Schwedens auszudehnen trachtet. Der Kongreß kam zu der Ueberzeugung, daß vor allem bei der herrschenden schlechten Konjunktur ein ruhiges und besonnenes Vorgehen notwendig sei, und beschloß hinsichtlich des Kampfes im Baugewerbe, die betreffenden Verbandsvorstände sollen mit dem zentralen Arbeitgeberverband erneut Verhandlungen anzuknüpfen lassen. Hinsichtlich des Kampfes der Hafenarbeiter beschloß der Kongreß, sich solidarisch zu erklären mit der von ihrer Organisation, dem Transportarbeiterverband, vertretenen Forderung, daß Garantien geschaffen werden gegen die Ausnutzung des sogenannten „Arbeitsfreiheits“-Paragraphen. Der Kongreß forderte das Landessekretariat der Gewerkschaften und den Vorstand des Transportarbeiterverbandes auf, gemeinsam zu versuchen, durch Verhandlungen mit den Unternehmern eine befriedigende Regelung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Der Paragraph von der „Arbeitsfreiheit“ besagt, daß es in das Belieben der Arbeitgeber gestellt ist, Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, einzustellen oder zu entlassen. Der Paragraph ist den Arbeitern in verschiedenen Berufen aufgezwungen worden, wobei allerdings andererseits auch einige Garantien gegen offensichtliche Maßregelungen tariflich festgelegt sind. Für die organisierten Hafenarbeiter würde aber eine solche „Arbeitsfreiheit“ der Unternehmer eine Vernichtung ihrer Existenz bedeuten, weil sie, wie es die unaufrichtig wechselnde Arbeitsgelegenheit im Hafen mit sich bringt, tagtäglich, oft sogar mehrmals an einem Tage, entlassen und neu eingestellt werden. Würde hier den ständigen Hafenarbeitern bei der Arbeitsverteilung keinerlei Vorzugsrecht eingeräumt, so würden die Unternehmer, wo sie nur können, die Gelegenheitsarbeiter beschäftigen, die dann, meist los und ledig aller Verpflichtungen gegen Familie, Staat und Gemeinde, den anständigen Familienvätern das Prot. wegnähmen. Der Kongreß beschloß ferner eine dem Unterstützungsbedürfnis angemessene Erhöhung der Extrabeiträge, die durch die Landesorganisation von den angeschlossenen Verbänden, soweit ihre Mitglieder nicht selbst im Kampfe stehen, erhoben werden. Von verschiedenen Orten lagen Anträge vor, den Massenauflösungen mit einem Generalstreik entgegenzutreten. Der Kongreß hielt es jedoch nicht für angebracht, einen solchen Beschluß zu fassen.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Herausgeber: Dr. Albert Südekum. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 99. Nr. 25 und 26. Vierteljährlich nur 3.— Mk. Probenummern sind jederzeit kostenlos vom Verlag zu beziehen.

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 39 und 40. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.

Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 13 des 14. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 65 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,00 Mk.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 14. 25. Jahrgang. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf.

Das Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Monatsschrift des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte. Verlag: Georg Reimer, Berlin. Nr. 10 des 13. Jahrgangs.

Wege und Ziele der Baugenossenschaften. Nach einem Vortrage von Dr. Fr. Schomcrus, Jena. Verlag von Gustav Fischer. 1908. Preis 50 Pf.

Der Verfasser gibt in knapper, übersichtlicher Form einen Einblick in die Wohnungsnot unserer Zeit. Unter Hinweis auf die aufopfernde, energische Betätigung der Hochalder Pioniere im Dienste der Genossenschaftsbewegung wird gezeigt, daß auf dem Gebiete der Wohnungsnot in Deutschland bereits energische Anstrengungen gemacht werden, durch baugenossenschaftliche Selbsthilfe Wandel zu schaffen. Auf Seite 6 sagt der Verfasser unter

anderem mit Recht: „Wichtig (für die weitere Ausbreitung der Baugenossenschaften in Deutschland) war auch die Aufhebung des Sozialistengesetzes. Dieses hatte wie ein Alpdruck auf dem geistigen und politischen Leben der vier Jahre gelegen und viele Kräfte lahmgelagt. Mit der Aufhebung dieses Ausnahmegesetzes wurden viele Kräfte lebendig, die Lust zum Schaffen lehrte wieder, die auch der Bewegung auf wirtschaftliche Selbsthilfe zugute kam.“ Davon können besonders die Gewerkschaften berichten. — Es gab Ende 1906 bereits zirka 600 Baugenossenschaften, die zirka 8000 Häuser mit 40 000 Wohnungen im Werte von 180 Millionen Mark errichtet haben. Und doch, was will das besagen gegenüber den riesenhaften Mietkasernen der deutschen Großstädte. Würden die Gemeinden rechtzeitig eine fortgeschrittene Wohnungspolitik getrieben haben, so möchte vieles besser sein. Statt dessen erklärt der Verfasser, und wir stimmen ihm rückhaltlos bei, haben viele Gemeinden ihre hohe Aufgabe gegenüber der Wohnungsnot noch nicht erkannt. Besonders das System der drei bis vier Hintergebäude in Berlin und anderen Großstädten dient nur dazu, den Hauswirten die Unkosten der Straßensanierung zu sparen, während die gesundheitliche Hygiene der Bevölkerung unter diesem System schwer leiden muß. Ist doch die Luftschicht in diesen Hinterhöfen nur sehr schwer der Erneuerung zugänglich. Dazu kommt dann noch die Heberfüllung der Wohnungen selber. „Es haben sich in der Praxis die ernstesten Bedenken dafür ergeben, daß das Arbeitsverhältnis mit dem Wohnungsverhältnis, der Arbeitsvertrag mit dem Mietvertrag verquittet wird,“ sagt der Verfasser auf Seite 22. Aus gleichem Grunde mußten wir uns leider auch nur zu oft gegen geplante Wohnungen für städtische Arbeiter wenden. Es wird also für jetzt und die nächste Zukunft nur auf die baugenossenschaftliche Selbsthilfe zu rechnen sein.

Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit von H. Weims, Magdeburg. Preis 25 Pf.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen zahlreiche Proletariermassen, ihre Heimat zu verlassen, um in der Fremde Erwerb zu suchen. So würgelt das kapitalistische Zeitalter die Arbeiter der verschiedensten Vaterländer durcheinander, die nun, wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit ihres neuen Aufenthaltsortes erwerben, politisch rechtlos sind. Die Gegenwart aber drängt zur Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen, bei denen die Arbeiter in hervorragendem Maße mitzuwirken berufen sind. Bei den Wahlen zu den Einzellandtagen sowie zu den Gemeindeverwaltungen kommt es auf die Stimme jedes einzelnen an. Wer aber die politischen Rechte in der neugefundenen Heimat ausüben will, muß die Staatsangehörigkeit dieses Staates erwerben. Hier greift der neue Führer ein. Er zeigt die Wege, die zur Erreichung des Zieles notwendig sind und erläutert, durch Beispiele unterstützt, die Mittel, um den bürokratischen Widerstand zu brechen, der dem Aufnahmejuchenden oftmals bereitet wird. Das Büchlein wird unseren Kollegen besonders willkommen sein; es ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig.

Ein Jubiläum, das nicht nur für die Schriftstellerwelt und den deutschen Buchhandel, sondern auch für jeden Freund guter Lektüre von größtem Interesse ist, wurde in aller Stille von dem weltbekanntesten Verlagshaus Philipp Reclam jun. in Leipzig durch Ausgabe der 5000. Nummer der Universalbibliothek gefeiert. Die 5000 Nummern der Universalbibliothek umfassen die bedeutendsten Werke aus 32 Literaturen des ganzen Erdkreises. Viel und gut, Berücksichtigung aller berechtigten Geschmacksrichtungen, das ist der oberste Grundsatz des Unternehmens. Da steht die leichtgeschürzte Muse neben der düsteren Tragik, der amüsante Plauderer neben dem gewichtigen Philosophen und der schlichte Mann aus dem Volke findet ebenso das Seine wie der literarische Feinschmecker. Schier unüberschaubar ist das Gebiet der Unterhaltungsliteratur. Welche Fülle, welche Mannigfaltigkeit! Für jeden Geschmack ist gesorgt. Für den Reisenden, der sich die Stunden während der Eisenbahnfahrt mit leichter, angenehmer jessender Lektüre verkürzen oder die Mühe der Sommerfrische durch den Genuß seiner novellistischen Skizze verschönern will, wie für den Bücherfreund, der die behagliche Stille der langen Winterabende dazu verwendet, sich in die umfangreichen Romane zu versenken, die nicht nur unterhalten wollen, sondern zugleich auch wichtige Dokumente zur Zeitgeschichte der Vergangenheit und Gegenwart sind. Durch die Universalbibliothek, die ebenso in unserer engeren Heimat wie im fernsten Auslande im Ansehen steht, ist es jedem Gebildeten und Bildungsbegeisterten möglich, sich eine eigene Bibliothek anzuschaffen, in der ihm liebgewordene Bücher in frohen und ernten Stunden als treue Freunde zur Hand sind. Und gerade darin liegt der große ethische Wert dieser vollständigen Sammlung, daß sie nicht nur zum Bücherlesen anregt, sondern auch die Freude an einer eigenen, selbst erworbenen Bibliothek im Volke weckt. Deshalb ist auch die Durchsicht des von der Verlagsbuchhandlung ausgegebenen Jubiläumskatalogs für jeden, der sich für Literatur interessiert, von hohem Nutzen.

Quittung der Hauptkasse.

Im Monat Juni gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:
Für das I. Quartal 1908: Want 26,90 M., Cassel 178,05 M., Eberwalde 34,31 M., Frankenthal 42,94 M., Karlsruhe 160,67 M., Lübeck 102,01 M., Plauen 24,— M.

Für das II. Quartal 1908: Ascherleben 40,50 M., Augsburg 23,— M., Bremerhaven 145,52 M., Cöln 200,— M., Hamburg 4000,— M., Leipzig 1130,— M., Mainz 600,— M., München 1200,— M., Stuttgart 1200,— M., Zwickau 78,94 M.

Für Kalender: Bremerhaven 4,— M., Cassel 4,— M., Frankenthal 2,— M.

Für Futterale: Eberwalde 2,50 M.
Ferner gingen ein: Zinsen 800,— M., Fr. Hoffmann, zurückgezahlte Gerichtskosten 3,— M., No. 2 der „Sanitätswarte“ 0,10 M., Rückzahlung V. B. 13,— M.

Von Einzelmitgliedern:

Nr. 17 584	2,10 M.	Nr. 31 763	4,— M.	Nr. 34 269	2,— M.
30 159	2,10	31 764	4,55	34 282	4,20
30 190	7,—	31 786	8,50	37 411	2,25
30 194	3,50	31 788	4,55	37 417	3,50
30 195	3,25	31 800	3,50	37 438	5,05
30 198	3,50	31 952	3,50	37 439	5,05
31 701	5,95	31 959	2,—	37 440	5,05
31 715	9,10	31 995	2,80	37 441	3,50
31 733	3,50	34 197	5,25	37 442	4,70
31 734	4,90	34 201	3,50	37 443	3,50
31 736	3,50	34 207	8,—	37 444	3,50
31 737	1,40	34 214	8,75	37 445	5,05
31 738	3,50	34 218	3,50	37 456	0,85
31 741	3,50	34 225	4,55	37 457	5,05
31 744	3,50	34 233	4,90	37 458	5,05
31 751	1,40	34 235	3,25	37 459	5,05
31 755	3,50	34 250	2,90	Eilfrin	10,90
31 760	6,50	34 257	4,90		

Summa 218,15 M.

G. A. H. Mann, Hauptkassierer.
Um Rückfragen zu vermeiden, bitte ich bei Geldsendungen stets anzugeben, wofür der Betrag ist. D. O.

Totenliste des Verbandes.

Karl Kiebe, Steffin † 20. Juni 1908 im Alter von 49 Jahren.	Heinrich Jährenholz, Bremen † 25. Juni 1908 im Alter von 37 Jahren.
Emil Arndt, Hamburg † 23. Juni 1908 im Alter von 40 Jahren.	Heinrich Kalkbaum, Kiel † 28. Juni 1908 im Alter von 56 Jahren.
Kahmir Rehki, Chemnitz † 1. Juli 1908 im Alter von 53 Jahren. Ehre ihrem Andenken!	

Die Nummer 26 der „Gewerkschaft“ 1908 ist total vergriffen. Wir ersuchen die Filialen, soweit sie im Besitze überschüssiger Nummern sind, solche umgehend an uns einzusenden zu wollen.
Der Verbandsvorstand.

Gemeindearbeiter-Verband :: Filiale Hanau a. M.

Sonntag, den 23. August 1908 im „Zaalbau“, Mühlstraße 2a:

Sommerfest

bestehend aus Konzert, Kinder-Velustigungen, Tanz, Tombola, Preisstichen, Unterhaltungen für Alt und Jung usw. Aufstieg eines Riesen-Luftballons. :: Anfang 3 Uhr nachmittags. — Eintritt pro Person 20 Pf. Alle Kollegen unserer Filiale, ebenso die Kollegen von Frankfurt a. M. und Offenbach sind freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.